



**Philippe Waniez**

**Gudrun Gruszka**

**Barbara Palsbröcker**

# **Nordrhein-Westfalen in Deutschland und Europa**

**Atlas der Lebensbedingungen zum 70. Geburtstag des Landes**

# IX - Die Einkommen und die Steuern

Mit diesem Kapitel soll das Einkommensniveau der Haushalte, die Steuererhebungen und ihre Verteilung an die Gemeinden erkundet werden. Zu diesem Zweck ist es häufig notwendig, an die Definitionen zu erinnern, auf die sich die kartografierten Werte beziehen. Es geht nicht darum, aus der Sicht eines Buchhalters oder Wirtschaftswissenschaftlers eine Bilanz zu erstellen, sondern einfach nur darum die vielfältigen Situationen auf dem Gebiet des Einkommens und des Steuerwesens zu beleuchten, die die Regionen und die Kommunen Deutschlands und von NRW charakterisieren. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den regionalen und örtlichen Abweichungen, die oft Symptome sozialer oder vielmehr sozialräumlicher Ungleichheiten sind.

## 1. Die Einkommen der Haushalte

Die Statistiken, die sich auf das Einkommen beziehen, verweisen auf zwei ergänzende Begriffe und zwar auf das Primäreinkommen und das verfügbare Einkommen. „Das Primäreinkommen der privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) enthält die Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen, die den inländischen privaten Haushalten zugeflossen sind. Zu diesen Einkommen gehören im Einzelnen das Arbeitnehmerentgelt, die Selbständigen Einkommen der Einzelunternehmen und Selbständigen, die auch eine Vergütung für die

mithelfenden Familienangehörigen enthalten, der Betriebsüberschuss aus der Produktion von Dienstleistungen aus eigenem genutztem Wohneigentum, sowie die netto empfangenen Vermögenseinkommen (einschließlich des Erwerbs von Finanzserviceleistungen, indirekte Messung (FISIM))“ (1). „Unter dem verfügbaren Einkommen verstehen die Statistiker die Einkommenssumme (Arbeitnehmerentgelt und Einkommen aus selbstständiger Arbeit und Vermögen), die den privaten Haushalten nach der sog. Einkommensumverteilung, also abzüglich Steuern und Sozialabgaben und zusätzlich empfangener Sozialleistungen, durchschnittlich für Konsum- und Sparzwecke zur Verfügung steht. Es ist als Indikator für die finanziellen Verhältnisse der Bevölkerung der Gemeinden zu verstehen und ermöglicht mittelbar Aussagen zur lokalen Kaufkraft, wobei die regionale Preisentwicklung unberücksichtigt bleibt“ (2).

### ***Einkommensunterschiede in Deutschland und in Europa***

Die „Regionaldatenbank Deutschland“ gibt für jeden Kreis und die kreisfreien Städte einen Wert des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte für die Jahre 2000 bis 2012.

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner in einem Kreis oder einer Gemeinde, ist der Wert des Gesamteinkommens dividiert durch die Anzahl aller Einwohner in diesem geografischen Gebiet. Wie bei vielen soziodemografischen Indikatoren zeigt die geografische Verteilung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte je Einwohner im Jahr 2012 eine sehr ausgeprägte Ost-West-Differenzierung (**Karte 1A**). Im Osten die niedrigen oder sehr niedrigen Einkommen, immer unter 20 000€ pro Einwohner, im Westen hohe und auch, sehr hohe Einkommen, die oft 25.000€ pro Einwohner übersteigen. In den neuen Ländern beobachtet man einige Unterschiede, besonders für die Kreise im Süden und im Osten von Berlin, (Dahme-Spreewald und Potsdam-Mittelmark) die zweifellos von der wirtschaftlichen Dynamik der Bundeshauptstadt profitieren. Berlin selbst und in der Regel die kreisfreien Städte der neuen Länder weisen ein relativ schwaches Einkommen pro Einwohner aus, was nicht bedeutet, dass die Verteilung der Werte dieser Einkommen einigen Vermögenden ermöglicht, vom Wirtschaftspotenzial der Städte zu profitieren.

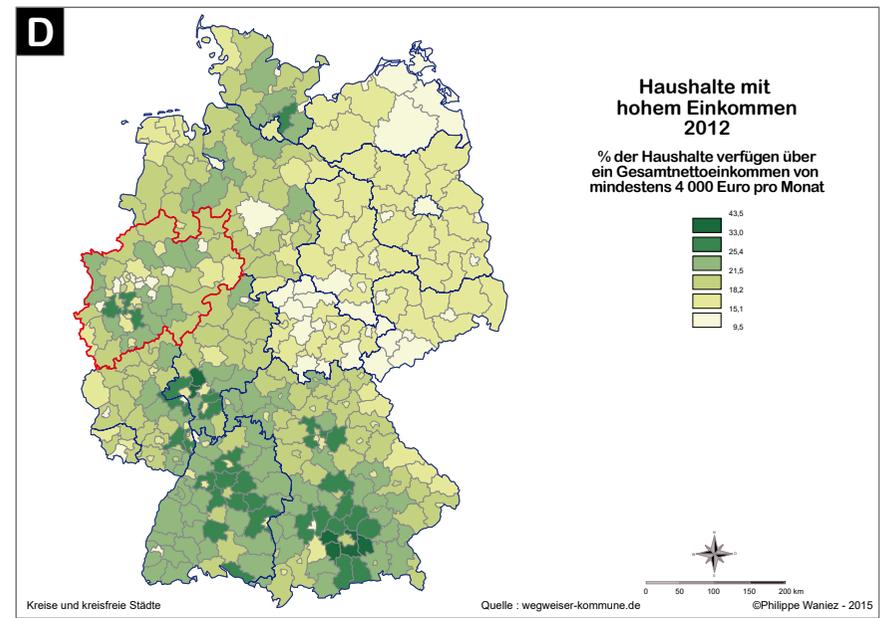
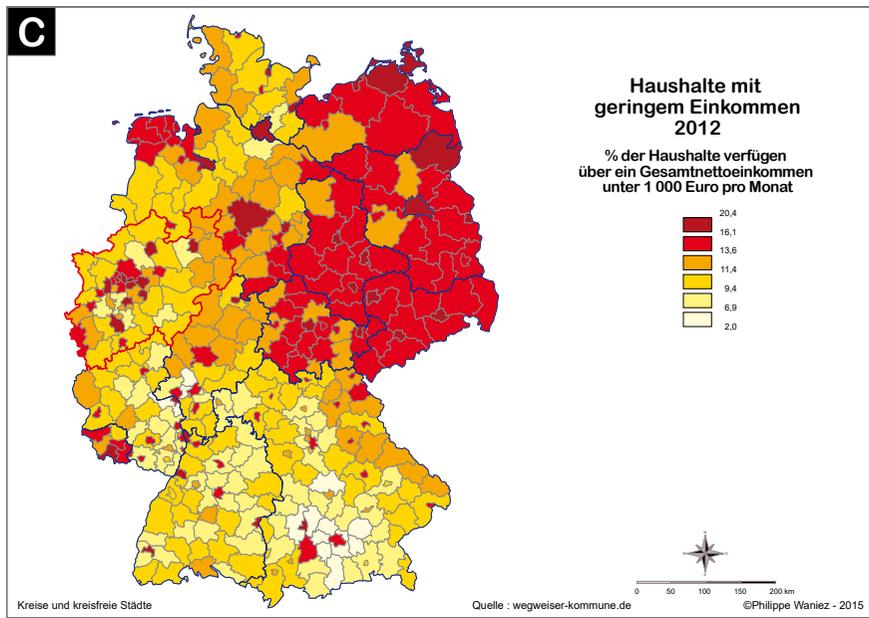
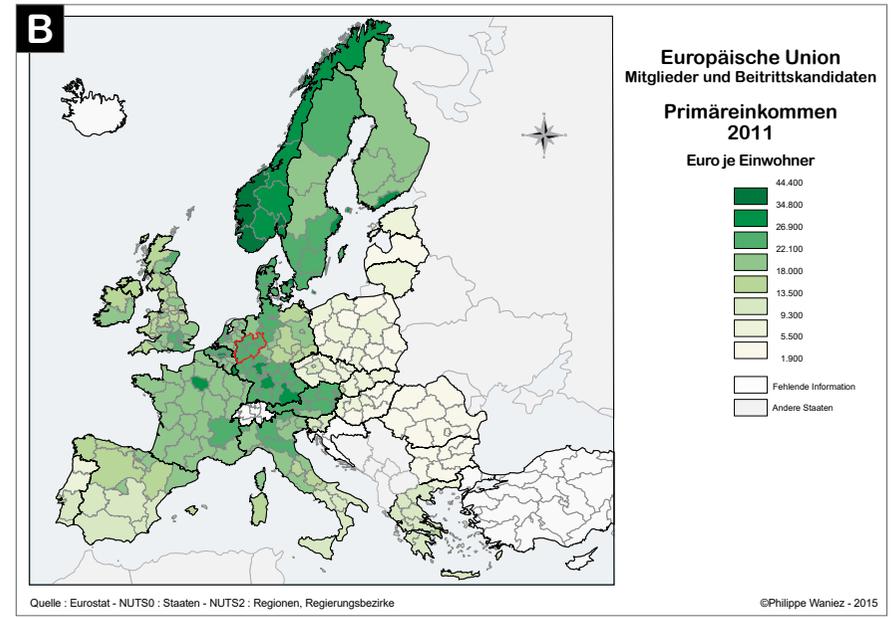
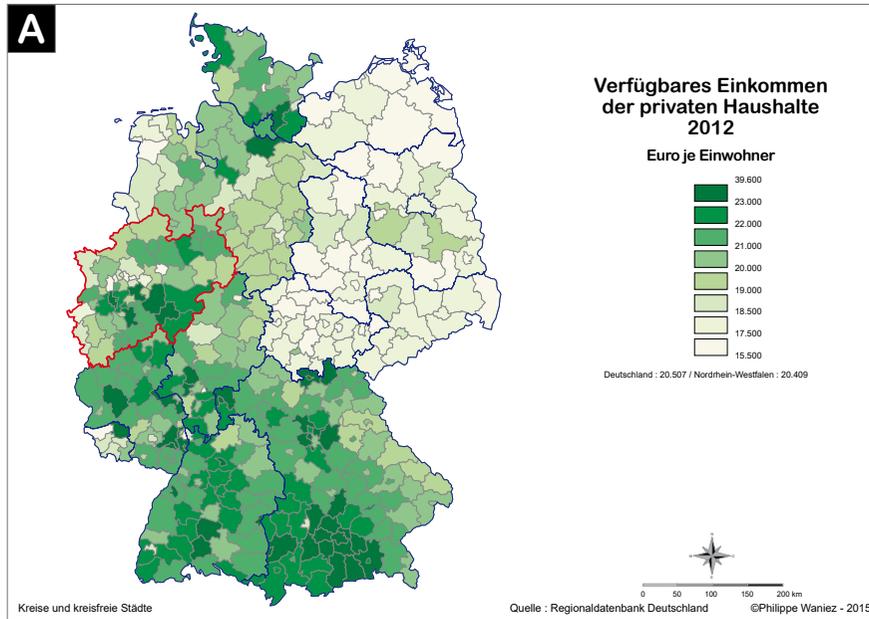
In Westdeutschland liegt das Durchschnittseinkommen innerhalb der Kreise in dem Bereich von 16.309€ bis 39.524€, das heißt, dass sie über den gesamten Wertebereich verteilt sind. Der Rekord liegt in Heilbronn, mit einem extrem hohem durchschnittlichen verfügbaren Einkommen pro Einwohner von 39.524€, der sich, zumindest teilweise durch die Anwesenheit der Autofabrik Audi (3) erklären ließe. Dieses Argument ist allerdings nicht wirklich überzeugend, um dieses außergewöhnliche Niveau zu erklären. Über dem nationalen Durchschnitt des verfügbaren Einkommens je Einwohner (20.507€) liegt Bayern an der Spitze der Bundesländer mit 22.767€, gefolgt von Hamburg (21.999€), Baden-Württemberg (21.968€), Rheinland-Pfalz (21.608€)

Hessen (21.119€) und Schleswig-Holstein (20.892€). Nordrhein-Westfalen liegt unter dem Durchschnitt bei 20.409€.

Jenseits dieser Durchschnitte der Länder liegen die wichtigsten Unterschiede zwischen den Kreisen, die sich als ziemlich groß erweisen. In Bayern, zum Beispiel, stehen München und die Gesamtheit von Oberbayern in der Gruppe der hohen Einkommen: 25.955€ in der Stadt von München und 29.394€ in dem Landkreis. Starnberg, die idyllische Kleinstadt mit 23.000 Einwohnern liegt am Rande des Sees mit demselben Namen. Diese Hauptstadt des Kreises liegt ungefähr 25 Kilometern im Südwesten von München und hier wird der zweite nationale Rekord hohen Einkommens mit 33.337€ ausgewiesen.

Generell beobachtet man, dass die Ränder der großen Städte höhere Einkommen anzeigen als die Innenstadt. Zum Beispiel liegt in Nürnberg das durchschnittliche Einkommen bei 20.810€, aber in Fürth beträgt es 23.586€. In Nürnberg Land sind es 25.289€ und bis zu 28.098€ in Erlangen-Höchstadt. Die Karte zeigt die gleiche räumliche Organisation in Mainz und Wiesbaden oder in Hamburg. Das erklärt sich durch die soziale Mischung in den Großstädten, wo die mehr oder weniger starke Anwesenheit armer Bevölkerungen das durchschnittliche Einkommen in die Tiefe zieht. Die Mittel- und Oberschichten befinden sich in diesen peripheren Gemeinden, die sich durch eine höhere soziale Wohnqualität auszeichnen.

Selbst wenn das relativ schwache Einkommensniveau in der Ex-DDR erkennbar bleibt, sollte man jedoch die Bedeutung der Einkommensunterschiede zwischen den unterschiedlichen Gegenden des Landes nicht überschätzen.



In Europa gehört Deutschland zu den Ländern mit hohem Pro-Kopf-Einkommen und reiht sich in eine Achse ein, die vom Norden Italiens über Österreich in die skandinavischen Länder verläuft (**Karte 1B**). Der Kontrast der Einkommen (Primäreinkommen pro Einwohner) ist zwischen Polen oder der Republik Tschechien und Deutschland stärker als zwischen den alten und den neuen Bundesländern. Zwischen den südlichen und nördlichen Regionen in Italien und Spanien ist das Gefälle der Einkommen ebenfalls sehr hoch. Anders gesagt, sind die Unterschiede in Deutschland nicht außergewöhnlich, wenn man die gesamte EU berücksichtigt.

Das verfügbare Durchschnittseinkommen pro Einwohner sagt nichts aus über die Einkommensverteilung zwischen den Haushalten in zwei Kreisen, die sich auf beachtenswerte Weise für denselben Durchschnittswert ändern kann. Die Website <http://www.wegweiser-kommune.de/> zeigt zwei interessante Indikatoren auf, die diese Diskrepanz deutlicher aufzeigen können. Es handelt sich zum einen um den Anteil der Haushalte mit geringem Einkommen, d.h. der Prozentsatz der Haushalte, die über ein Gesamtnettoeinkommen unter 1.000€ pro Monat verfügen und andererseits um den Anteil der Haushalte mit hohem Einkommen, ausgewiesen in Prozent der Haushalte, die über ein Gesamtnettoeinkommen von mindestens 4.000€ pro Monat verfügen. Diese beiden Indikatoren ermöglichen, den Teil der niedrigsten und höchsten Einkommen zu untersuchen. Die zwei Karten bestätigen die vorherigen Beobachtungen mit Nuancierung.

In Anbetracht dessen, was über das durchschnittliche Einkommensniveau vorgestellt wurde, ist zu beobachten, dass alle niedrigsten Einkommen die neuen Bundesländer betreffen (**Karte 1C**). Nur einige Kreise fallen nicht in diese

schlechte Einordnung, aber sie haben nie weniger als 11,0% der ärmeren Haushalte und das bleibt hoch. Allerdings bringt diese Karte neue Informationen, nämlich die Konzentration der Armut in den meisten großen Städten des Landes, sowohl im Westen als auch im Osten. Der Anteil der armen Haushalte übersteigt in der Regel 14,0%. Er liegt aber oft auch höher, wie in Hamburg (17,4%), Hannover (17,0%), Saarbrücken (16,9%); auch München und Frankfurt am Main übersteigen 15,0%. Im Osten ist die Situation mitunter schlimmer: 20,4% in Berlin, 19,3% in Leipzig, 18,6% in Halle. Die meisten Landkreise zeigen deutlich moderatere Verhältnisse, vor allem in Bayern und Baden Württemberg.

So wie die Armut der Haushalte zwischen den alten und den neuen Ländern aufgeteilt ist, so ist es nicht mit dem Wohlstand. Tatsächlich finden sich die Haushalte mit hohem Einkommen ausschließlich in Westdeutschland (**Karte 1D**). Die höchsten Prozentsätze bilden sich in der Peripherie der Landkreise, manchmal weit entfernt von den Landeshauptstädten, sie bilden die „Speckgürtel“: München, Nürnberg, Stuttgart, Wiesbaden-Mainz, Köln-Düsseldorf, Hamburg.

Während alle Landkreise in Baden-Württemberg sich durch hohe Prozentsätze der wohlhabenden Haushalte ausweisen, im Verhältnis immer über 20,0%, erscheint Bayern kontrastreicher mit seinem Vorteil gegenüber der südlichen Hälfte des Landes. Die Homogenität der neuen Länder ist bezüglich der schwachen Prozentsätze auffällig. Wenn auch die Einkommensverteilung im Jahr 2012 mehreren geografischen Merkmalen entspricht, die bereits mehrfach angesprochen waren (Bevölkerungsdichte, Ost-West-Unterschiede, städtische Netze ...), so lässt die Entwicklung der Haushaltseinkommen langfristig Veränderung erwarten.

Es wurde zuerst eine unbearbeitete Entwicklung berechnet, dann ist diese durch die Inflation in Deutschland während derselben Periode korrigiert worden. Die Karte mit der Variation des verfügbaren Einkommens pro Bewohner stellt zwischen 2000 und 2012 eine ungewöhnliche Verteilung dar (**Karte 2**). Bemerken wir zuerst, dass in zahlreichen Städten das Einkommen ihrer Bewohner stagniert. Sie sind aber auch entweder im Rückgang (München, Nürnberg, Stuttgart, Dresden...) oder in der Steigerung (Leipzig, Schwerin, Hannover, Köln, Frankfurt am Main...) befindet. Ernster ist die Situation in Essen (-2,6%), Berlin (-2,1%), Wuppertal (-2,0%), Karlsruhe und Augsburg (-1,9%). Auf eine allgemeine Weise hat die Armut in den Großstädten vor und nach der Finanzkrise von 2008 Narben hinterlassen, jedoch auf unterschiedliche Weise. Hamburg, zum Beispiel, scheint in diesem Zusammenhang außergewöhnlich zu sein, weil das individuelle verfügbare Einkommen um 6,1% wächst.

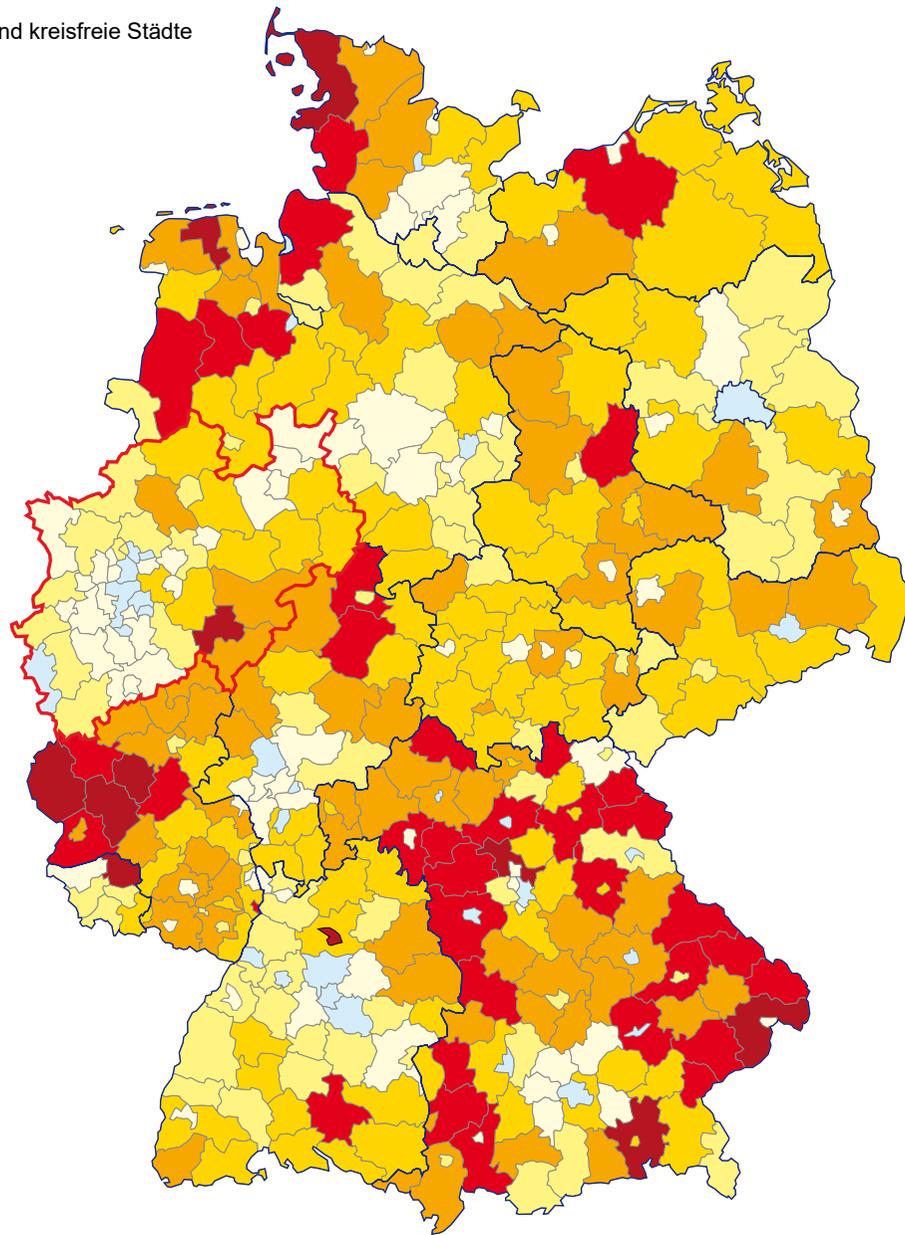
In vielen Landkreisen gab es eine positive Entwicklung, sowohl in den neuen als auch in den alten Bundesländern, aber in der Regel mit einer viel höheren Rate in den alten Bundesländern als in den neuen. So ergibt sich in den neuen Ländern ein Wachstum von ungefähr 10,0% außerhalb der großen Städte. Dieser positive Punkt muss besonders hervorgehoben werden angesichts des Ausmaßes der katastrophalen Situation in den neuen Ländern. Sicher stellt das eine Auswirkung der Umstrukturierungen und der Entwicklungspolitik dar, die seit 25 Jahren darauf hinzielt, die Wirtschaft in diesen Gebieten zu verbessern. Jedoch sind die registrierten Wachstumsraten der Landkreise in den neuen Bundesländern in der Regel bescheiden, abgesehen von einigen Ausnahmefällen (+16,5% im Jerichower Land und +14,4% für den Landkreis Rostock).

In vielen Landkreisen von Bayern gibt es ein starkes Wachstum der Haushaltseinkommen, allerdings weder rund um München, noch in den großen Städten. Dies ist auch in Rheinland-Pfalz, der nördlichen Hälfte von Hessen und im Westen von Niedersachsen der Fall. Die Wachstumsraten liegen oft zwischen +15,0% und +20,0%, aber sie können örtlich viel höher sein: +24,2% im Landkreis Rosenheim, +19,9% im Landkreis Passau, +23,1% im Landkreis Nordfriesland (Sylt) und +25,6% in Bernkastel-Wittlich. Überraschenderweise kann die mittelmäßige Leistung von Baden-Württemberg trotz der guten Sätze von Sigmaringen und Heilbronn nicht aufgewertet werden.

### ***Die Einkommensunterschiede in NRW***

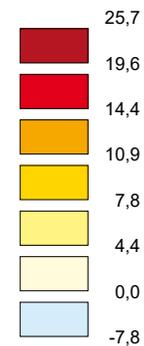
In NRW zeigt die Karte deutliche Unterschiede im Einkommen (**Karte 3A**). Die wichtigsten betreffen die Rheinachse und die der Ruhr. Auf der Achse des Rheins erscheinen mittelmäßige Ebenen, kaum über 20.000€ pro Einwohner. Im Gegensatz dazu erscheint im Osten des Rheins, von Düsseldorf aus südlich von Bergisch-Gladbach, eine Achse deren Einkommen immer über 22.000€ liegt und das mitunter höhere Werte erreicht (25.583€ in Rösrath im Südosten von Köln, zum Beispiel). Mit anderen Worten, von Düsseldorf aus, der Hauptstadt von NRW, findet man hier das Phänomen des Speckgürtels, der angesichts der regionalen Gestaltung nicht die Form eines Ringes annimmt, sondern sich linear entsprechend der Verkehrswege und vor allem der Autobahn E35 formiert (Amsterdam-Frankfurt am Main). Diese Achse spart im Westen Leverkusen (19.565€ pro Einwohner) und im Osten Wuppertal aus (19.903 €).

Kreise und kreisfreie Städte



## Entwicklung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte je Einwohner

% 2000-2012



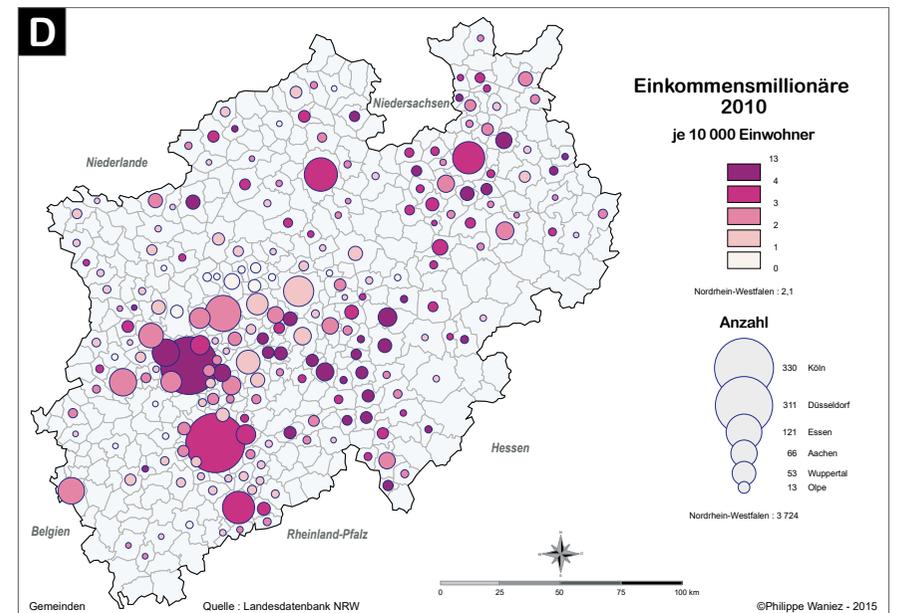
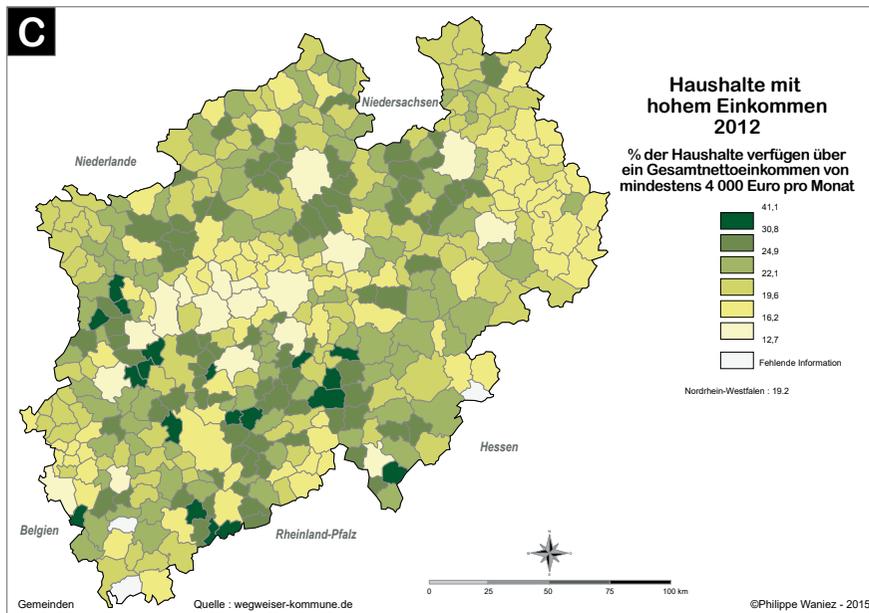
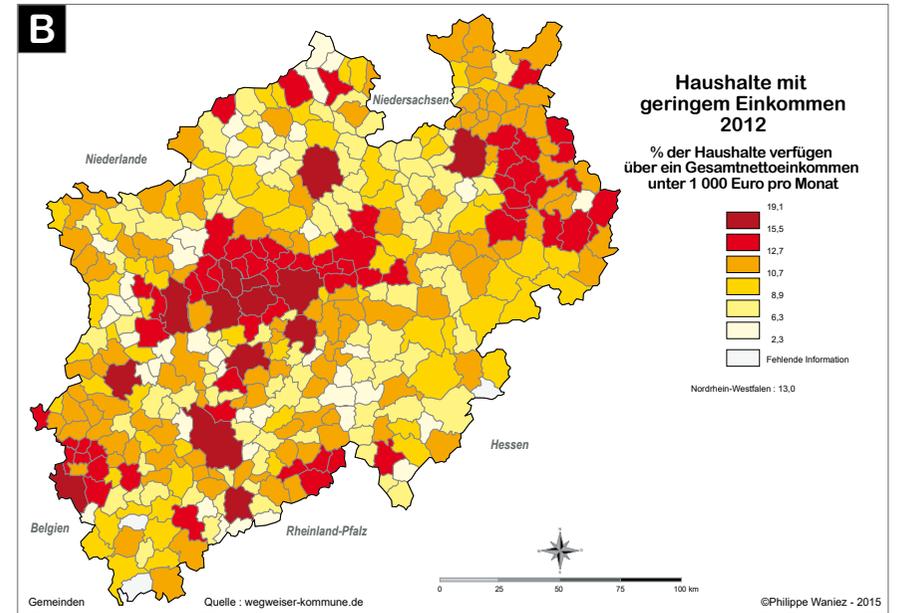
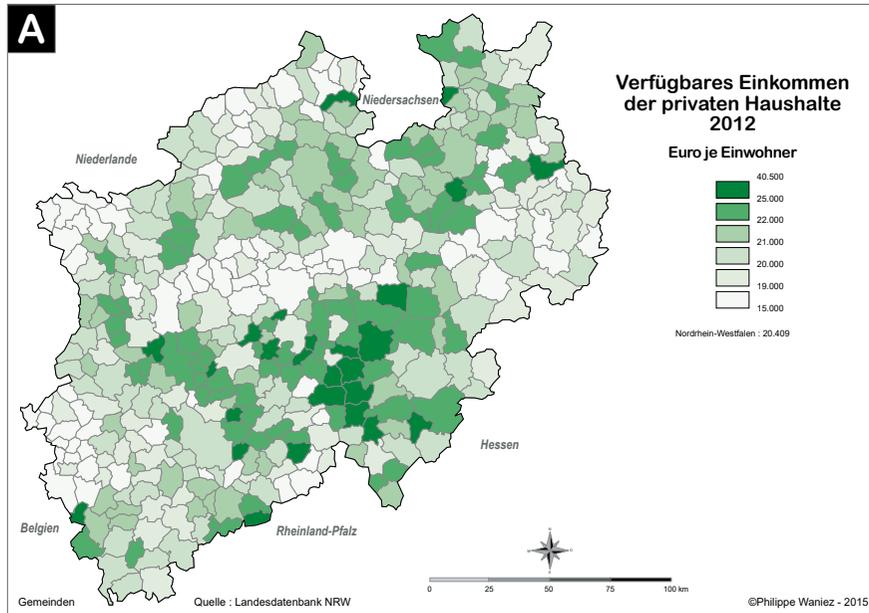
Unter Berücksichtigung der Inflationsrate  
Inflationsrate Deutschland 2000-2012 : 21,4%



0 50 100 150 200 km

Quelle : Regionaldatenbank Deutschland

©Philippe Waniez - 2015



In der Gegenüberstellung bildet die Achse des Ruhrgebiets einen klaren Streifen der Verarmung. Von Duisburg bis nach Hamm liegt das verfügbare Einkommen der Bewohner fast immer zwischen 16.500€ und 19.000€. In Dortmund, erreicht es nur 17.893€ pro Einwohner, bzw. 2.516€ weniger als das Durchschnittseinkommen in NRW. Essen (19.422€) und vor allem Mülheim an der Ruhr (21.980€) erscheinen da in einer etwas besseren Position.

Ein Streifen relativen Wohlstandes befindet sich zwischen Wuppertal (19.903€) und Hagen (19.572€): 27.812€ in Ennepetal, 28.892€ in Sprockhövel. Dieser Streifen dehnt sich weiter nach Hagen aus: 27.771€ pro Einwohner in Herdecke, 27.886€ in Nachrodt-Wiblingwerde und sogar 36.081€ in Schalksmühle. Man beobachtet starke Kontraste der Einkommen am Rande der wirtschaftlich geschwächten Städte: die mittleren und oberen Schichten haben bessere Lebensbedingungen, während Wuppertal und Hagen verarmt sind.

Der größte Teil von Westfalen zeigt ein gutes Einkommensniveau, vor allem rund um Münster und Bielefeld-Gütersloh. Die ländlichen Teile von den beiden Regionen werden mehr begünstigt als die Städte selbst. Schließlich erscheint das Dreieck Iserlohn, Olsberg, Siegen, das heißt Sauerland und Siegerland-Wittgenstein, auf der Karte mit den höchsten Einkommen. Besonders der Kreis Olpe mit Attendorn, der die 40.000- Euro-Hürde (40.419€) überschreitet.

Allerdings erscheinen einige abseits gelegene Kommunen im südwestlichen Viertel von NRW verhältnismäßig arm: 18.246€ pro Einwohner in Aachen, 17.504€ in Düren. Dies ist um Kleve (17.091€), um Rheine oder um Paderborn auch der Fall.

Die Haushalte mit geringem Einkommen sind in den Großstädten besonders konzentriert (**Karte 3B**) und bilden eine gleichbleibende Gruppe mit mehr als 15,5% armer Haushalte. Einzig Düsseldorf entgeht dieser Situation mit 12,5%. Städte, die man sich in einer besseren Lage vorgestellt hätte, wie Bonn oder Münster entkommen dieser traurigen Situation nicht. Das Ruhrgebiet erscheint weniger homogen als auf den vorherigen Karten: Obwohl Duisburg, Essen, Bochum, Dortmund in der schlechtesten Kategorie liegen, erscheint der nördliche Teil des Beckens etwas weniger katastrophal, aber immer noch besorgniserregend, weil in der Mehrheit der Kommunen zwischen 13,0% und 15,0% der einkommensschwachen Haushalte leben. Der Teutoburger Wald und die Region von Aachen erscheinen auch in keiner guten Verfassung: um Bielefeld (17,1%) und Aachen (17,3%) findet man zahlreiche durch Armut charakterisierte Kommunen. Die beiden städtischen Zentren, Detmold und Paderborn zum einen und Düren zum anderen werden durch 13,0% bis 14,0% der armen Haushalte gekennzeichnet.

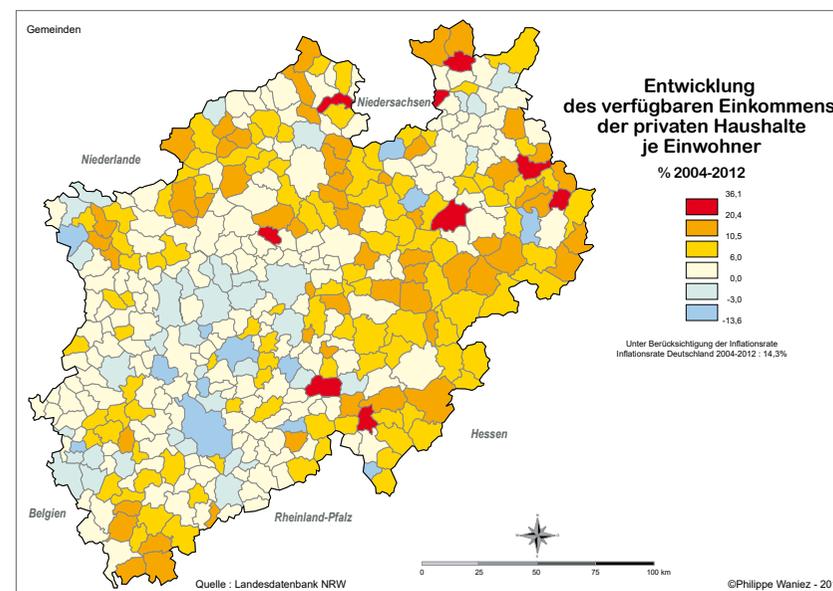
Die Haushalte mit hohem Einkommen beschränken sich vorzugsweise auf die Nähe der Großstädte, aus denen sich die wohlhabenden Vororte bilden (**Karte 3C**). Die Bevölkerungsdichten sind dort weniger hoch als in den sehr dichten Vierteln. Diese wohlhabenden Stadtteile liegen zu einem Großteil in der Peripherie. In einigen weniger zahlreichen Fällen ergibt sich dies auch in ländlichen Gegenden, besonders im Westen des Sauer- und des Siegerlands oder auch noch um Münster.

Im Jahr 2010 gab es in NRW 3.724 Einkommensmillionäre, d.h. 2,1 Millionäre auf 10.000 Einwohner. Sie wohnen hauptsächlich in den großen Städten des Landes (**Karte 3D**).

Köln und Düsseldorf liegen natürlich an der Spitze mit jeweils 330 und 311 Steuerzahlern, deren Jahreseinkommen mehr als 1.000.000€ beträgt. Allerdings hat Düsseldorf einen höheren Pro-Kopf-Anteil (5,3 Millionäre je 10.000 Einwohner), als Köln (3,3). In Meerbusch und Haan, nahe gelegene Städte von Düsseldorf, erhöhen sich diese Prozentsätze auf 12,9 und 9,6, was eine hohe Konzentration zum Ausdruck bringt. Im Ruhrgebiet wohnen die Millionäre vor allem in Essen und Dortmund. Andere Städte, Duisburg eingeschlossen beheimaten nur ein paar Dutzend. Essen und Mülheim an der Ruhr haben einen höheren Anteil der Millionäre als das Land und andere Städte im Ruhrgebiet. Münster, Bielefeld und Bonn zählen jeder Einhundert Millionäre und 3 bis 4 Millionäre auf 10.000 Bewohner. In der Gegend von Bielefeld beobachtet man eine Konstellation von Kommunen, die eine erhöhte Existenz an Millionären erreicht, ungefähr 200. Das bewirkt, dass in dieser Gegend zusammen mit Bielefeld ein fast ebenso hoher Anteil wohnt, wie zuvor in Köln oder Düsseldorf berechnet (allerdings auf einer größeren Ausdehnung). Dieses Phänomen existiert nicht um Münster. Schließlich erkennt man aufs Neue das reiche Sauerland auf der Karte bzw. in dem von Lüdenscheid-Arnsberg-Olpe gebildeten Dreieck, welches Einhundert Millionäre zählt und dies führt in diesen schwach bevölkerten Regionen zu verhältnismäßig hohen Proportionen, von 4 bis 5 Steuerzahlern mit sehr hohem Einkommen zu 10.000 Einwohner.

Für NRW ist es möglich mit den verfügbaren Statistiken die Entwicklung des Einkommens zwischen 2004 und 2012 auf der Ebene der Kommunen zu berechnen. Nach Bereinigung der Inflationsrate in Deutschland während derselben Periode beobachtet man einen starken räumlichen Unterschied im Wachstum des Einkommens (**Karte 4**). Nur die ländlichen Gebiete haben ein starkes Wachstum, nicht nur im Münster-

und Sauerland, sondern auch in der Eifel mit Gewinnen von über 10,0% in vielen Gemeinden. Der Teutoburger Wald ist weniger gut gestellt. In Münster, Bielefeld, Paderborn jedoch stagniert das Einkommen der Bewohner mit schwachen Gewinnen in der Größenordnung von 1,0% bis 3,0%. Detmold bringt 12,5% ins Spiel. Im Herzen des Landes erscheint die Situation verhältnismäßig schlecht, auf Grund der Stagnation der Einkommen, oft im Rückgang. In großen Teilen des Ruhrgebiets ging das Einkommen um 0,7% bis 2,5% zurück. Dies könnte relativ wenig erscheinen, aber es betrifft Tausende Haushalte. Eine gleichartige Situation findet man auch in Aachen, Düren und Mönchengladbach. Köln, Neuss und Wuppertal weisen mit jeweils -4,1%, 5,5% und 3,4% die schlechtesten Ergebnisse aus. Im Herzen des Landes stagniert die Einkommen selbst wenn sie sich nicht verringern zwischen 0,0% und 6,0%.



**Karte 4**

## Die Bedarfsgemeinschaften in 8 Städten von Nordrhein-Westfalen

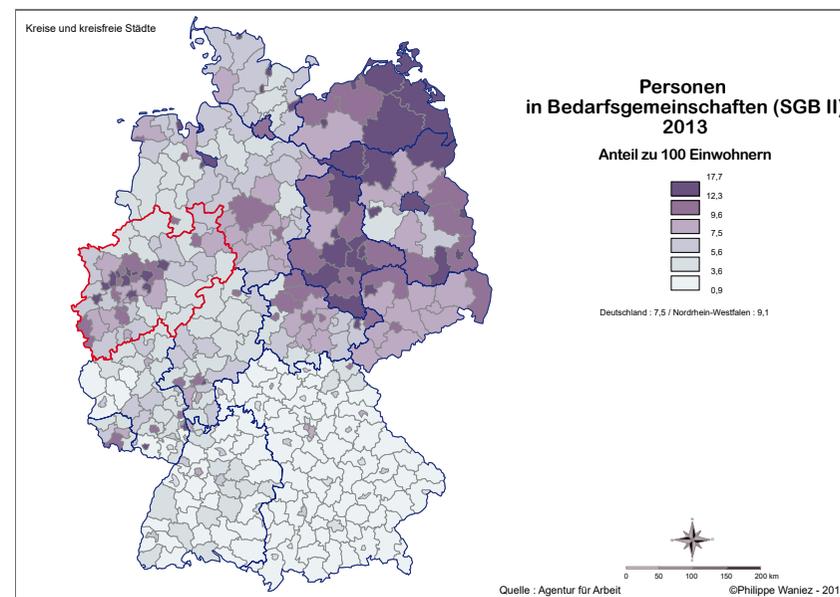
Auf dem detaillierten Niveau der Stadtteile verfügt man selten über neue und vergleichbare Informationen über die Höhe der Einkommen. Dennoch ist es möglich, eine Vorstellung von den finanziellen Schwierigkeiten der Bevölkerung durch die öffentliche Quelle der Agentur für Arbeit zu bekommen: Die Bedarfsgemeinschaften. „Bedarfsgemeinschaft (BG) ist ein Begriff der Sozialhilfe in Deutschland. Er wurde im deutschen Recht bei der Reform der Grundsicherung für Arbeitssuchende 2005 in das neu geregelte Zweite Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) übernommen“ (4). „Der Begriff der BG ist enger gefasst als derjenige der Haushaltsgemeinschaft respektive Wohnungsgemeinschaft, zu der alle Personen gehören, die auf Dauer mit einer BG in einem Haushalt leben und wirtschaften.“

So zählen z. B. Großeltern und Enkelkinder sowie sonstige Verwandte und Schwägerte nicht zur BG“ (5). Am Ende des Jahres 2013 hatte Deutschland 3.280.549 Bedarfsgemeinschaften mit durchschnittlich 1,84 Personen. Anders ausgedrückt leben 6.041.123 Personen in Bedarfsgemeinschaft und das sind 7,5% der Bevölkerung von Deutschland.

Die geografische Verteilung der Bedarfsgemeinschaften steht natürlich in einen gewissen Zusammenhang mit dem Einkommensniveau (**Karte 5**). An erster Stelle zeigen alle neuen Länder ein höheres Niveau als der nationale Durchschnitt an. Das trifft besonders auf Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern zu: Ihre Kreise übersteigen immer 10,0% der in Bedarfsgemeinschaften lebenden Bevölkerung. Im Gegensatz dazu erreichen die alten Bundesländer

der südlichen Hälfte des Landes sehr geringe Prozentsätze, die fast immer unter 5,0% liegen, außer in einigen wenigen Städten, wie 11,2% in Wiesbaden, 10,1% in Frankfurt am Main, 9,2% in Nürnberg, 6,5% in Stuttgart. In der nördlichen Hälfte der alten Bundesländer sind die hohen Prozentsätze vor allem in den Städten: 13,2% in Bremen, 10,2% in Hamburg und Hannover.

Diese städtische Verankerung scheint in Nordrhein-Westfalen besonders im Ruhrgebiet vorzukommen, in dem dieses Phänomen klar und deutlich kennzeichnet wird, mit 14,8% in Essen und 14,1% in Dortmund. Außerhalb des Ruhrgebiets werden andere Städte von NRW durch hohe Prozentsätze charakterisiert, wie z.B Mönchengladbach (14,4%), Wuppertal (13,7%), Köln und Bielefeld (10,8%).



**Karte 5**

Es ist logisch, dass der Prozentsatz von in Bedarfsgemeinschaften lebenden Personen in Verbindung zu Haushalten mit geringem Einkommen steht. Das heißt, sofern wir diese Informationen für die Stadtteile haben (in der Regel 2013), sind die Bedarfsgemeinschaften ein interessanter Indikator für die niedrigen Einkommen in den Vierteln.

Im Verhältnis zur Anzahl der Haushalte ändert sich der Wert von Bedarfsgemeinschaften in den 8 hier kartografierten Städten zwischen 8,0% und 18,0%. Drei Städte zeigen ein Prozentsatz unter 10,0%: Bonn mit nur 8,0% (**Karte 6C**), Aachen mit 9,3% (**Karte 7C**) und Düsseldorf mit 9,7% (**Karte 6B**). In Bonn sind die in Betracht kommenden Werte verhältnismäßig gering, mit nur 13.308 BG. In der ehemaligen Bundeshauptstadt sind die Armen hauptsächlich in der nordwestlichen Peripherie der Stadt mit 1.161 BG hauptsächlich in Neu-Tannenbusch anzutreffen. In Aachen sind die Zahlen ungefähr gleich wie in Bonn, aber hier leben die BG am Nordostrand, mit einer starken Konzentration in den Vierteln Adalbertsteinweg (BG 1.139) Panneschopp (1.142) und Trierer Straße (902).

In Düsseldorf ist die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften mit 33.900 viel höher und sind in der ganzen Stadt zahlreich zu finden, außer dem Stadtbezirk 5 im Norden. Im Stadtbezirk 1 ist die Zahl nahe 1.000 BG und die Prozente in der Größenordnung von 6,0%-8,0%; aber in Friedrichstadt und in der Stadtmitte erreichen sie 10,0%. Die höchste Anzahl ist in den östlichen Randbezirken mit Bedarfsgemeinschaften die mehr als 15,0% der Haushalte ausmachen. Die Konzentration erreicht ihr Maximum in Oberbilk (2.892 und 15,8%), Flin gern Süd (1.190 und 19,4%), Lierenfeld (1.009 und 17,6%). Mehr im Norden weist Rath 1.725 BG aus, das sind 17,0% der Haushalte, während im Süden Eller, Hassels, Garath je

13,6%, 18,8% und 20,2% ausweisen. Das bedeutet, dass in vielen Bezirken von Düsseldorf 10,0% bis 20,0% der Haushalte von Bedarfsgemeinschaften repräsentiert werden und obwohl die Stadt in der Regel weniger betroffen scheint als viele andere Städte in NRW, ist die Konzentration der BG in manchen Vierteln sehr hoch.

Bielefeld (**Karte 7B**) und Köln (**Karte 6A**) liegen bei 11,1% der BG zu den gesamten Haushalten. Die in Düsseldorf gemachten Beobachtungen sind auf Köln übertragbar. Darin sind die Problembereiche in den Stadtbezirken Mülheim (11.880 BG), Kalk (10.699) und in einem geringeren Ausmaß in Weiler (5.116) auszumachen. Der Anteil der BG zu den Haushalten übersteigt oft 20,0% bis zu maximal 27,3% in Vingst, 28,5% in Ostheim und 37,8% in Chorweiler, was der absolute Rekord ist! In Bielefeld konzentrieren sich die Bedarfsgemeinschaften vor allem auf den Stadtbezirk Mitte mit mehreren Hundert, die zwischen 15,0% und 20,0% der Haushalte (bis 27,6% in Dürkopp) vertreten; ansonsten sind die Werte und Prozentsätze niedrig (außer Baumheide, 24,9%).

In Wuppertal (13,5%), Mönchengladbach (14,3%) und vor allem in Essen (18,0%) ist die Situation in Anbetracht dieser Prozentsätze von BG in den Haushalten besorgniserregend. Das umso mehr, als das viele andere Städte, vor allem im Ruhrgebiet, dasselbe Niveau erreichen, wie zum Beispiel, Duisburg, Gelsenkirchen und Dortmund. In Wuppertal (**Karte 6D**) findet man das schon beobachtete Schema wieder: man findet vor allem im Tal an dem rechten Ufer die meisten Bedarfsgemeinschaften, während die Anhöhen deutlich weniger betroffen sind.

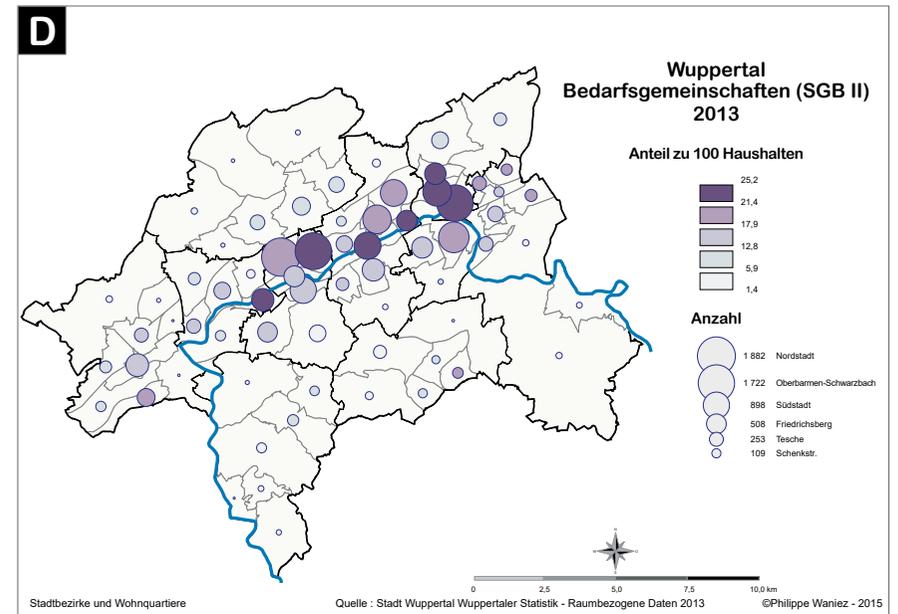
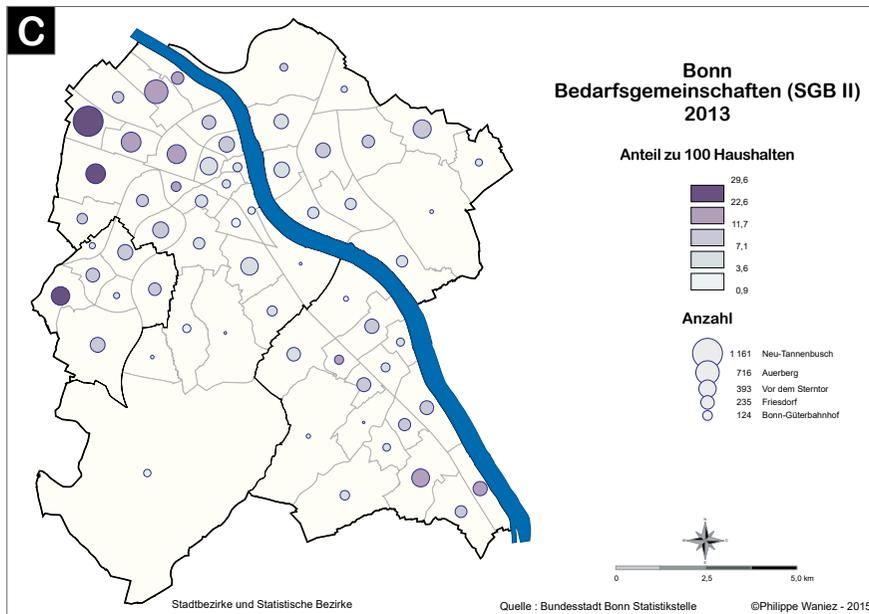
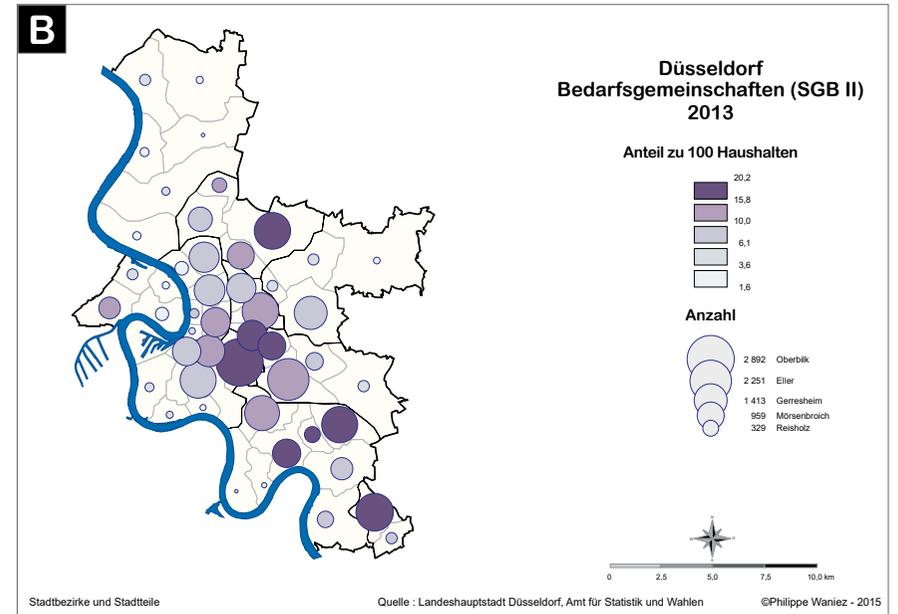
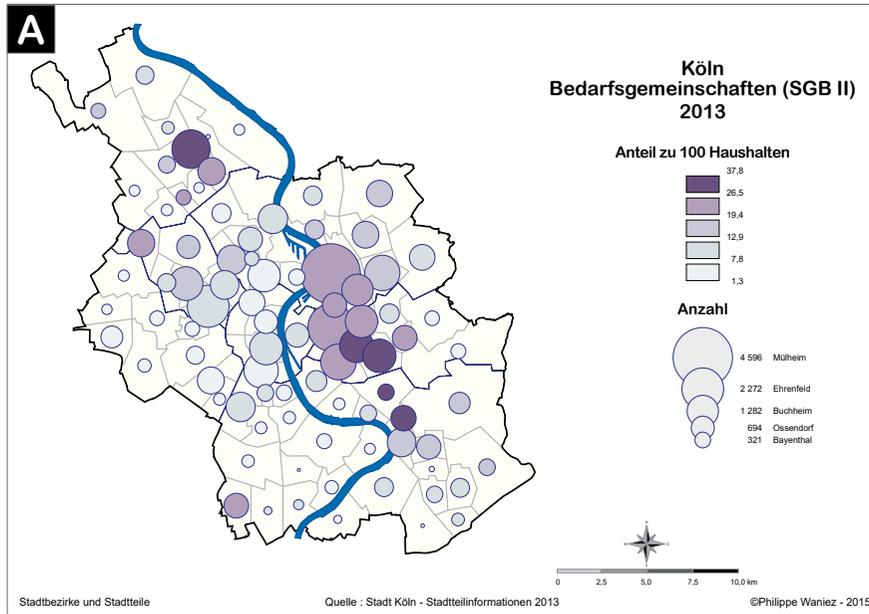
Städte	Haushalte 2013	Bedarfs- gemein- schaften 2013	% Bedarfs- gemein- schaften 2013
Aachen	143.039	13.368	9,3
Bielefeld	163.706	18.235	11,1
Bonn	166.037	13.308	8
Düsseldorf	350.816	33.900	9,7
Essen	300.958	54.191	18
Köln	545.050	60.297	11,1
Mönchengladbach	130.237	18.646	14,3
Wuppertal	178.178	24.112	13,5

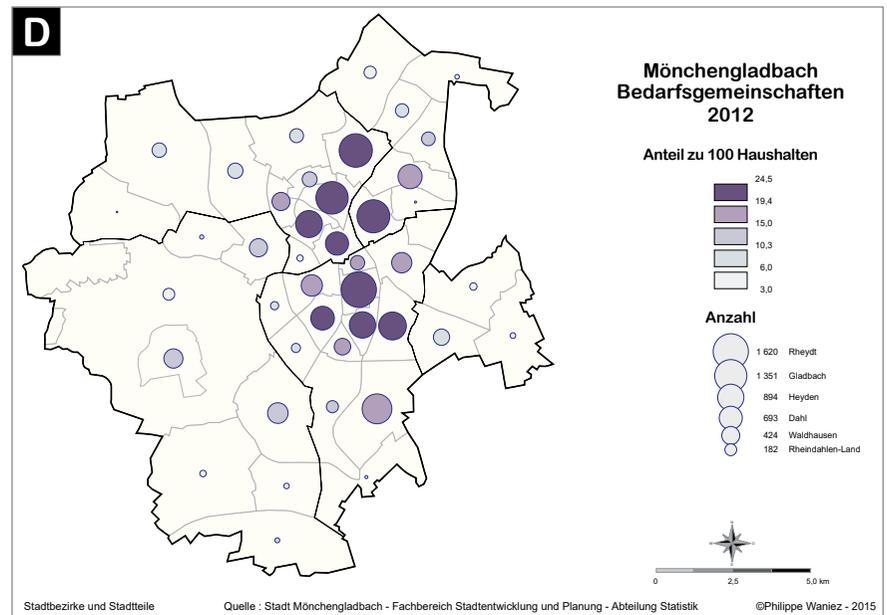
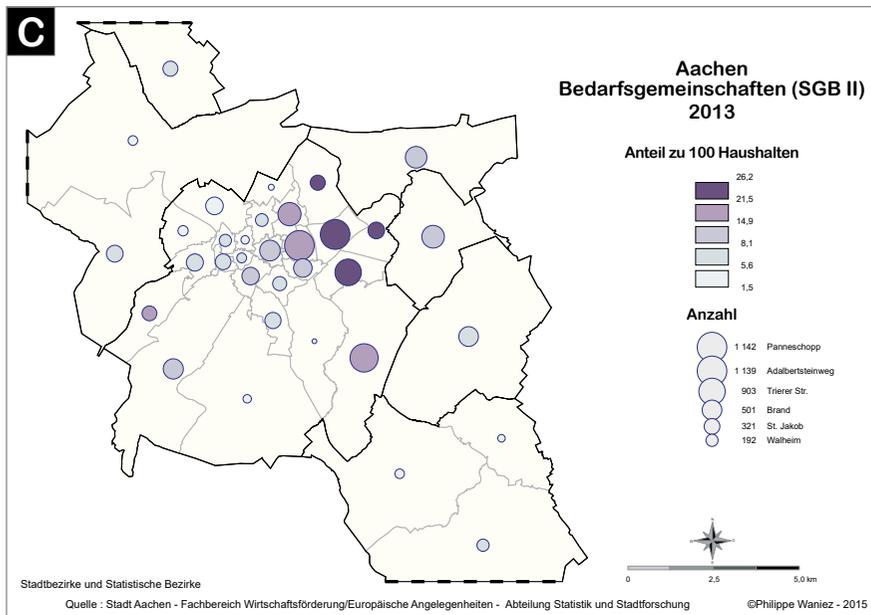
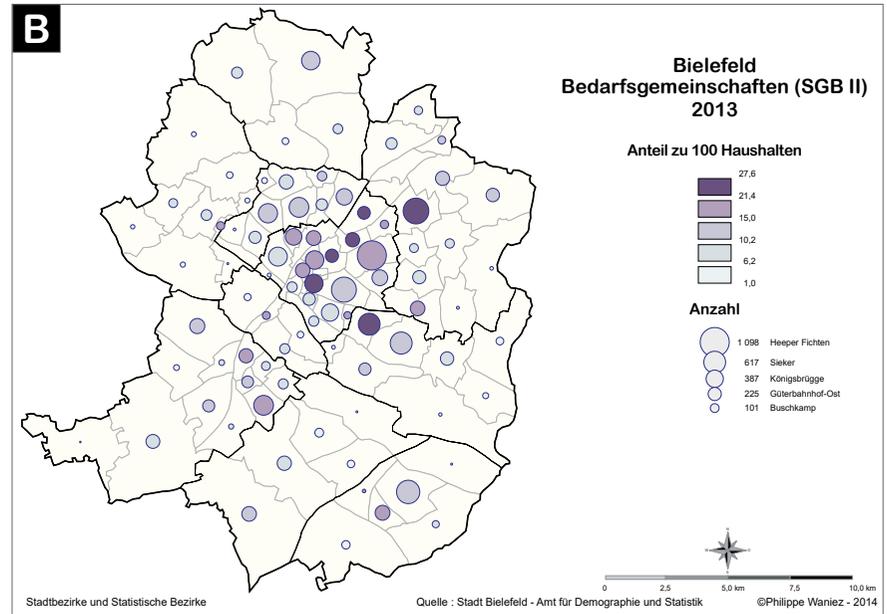
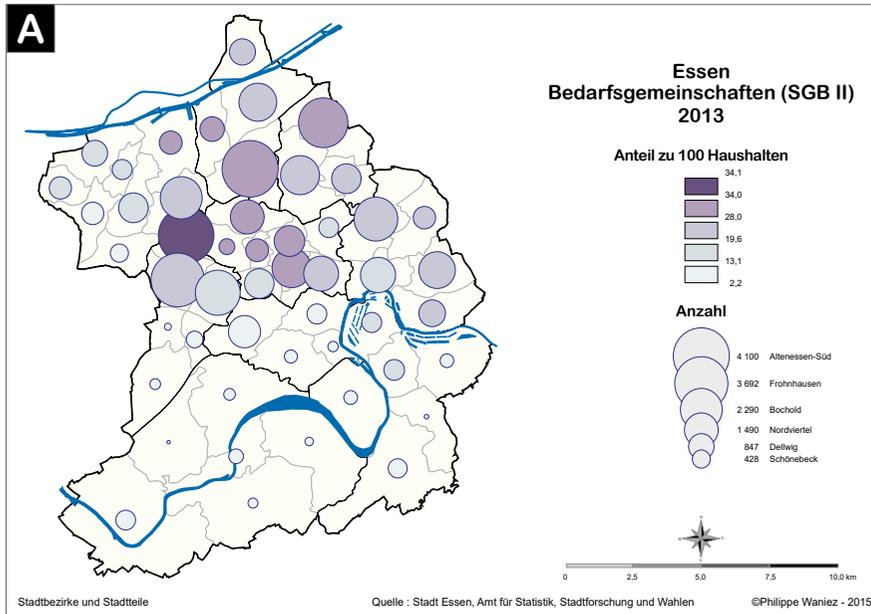
Tabelle 1: Die Bedarfsgemeinschaften in 8 Städte von NRW. Quelle: Zensus 2011.

In der Elberfelder Nordstadt und Osteraustra übersteigen die Bedarfsgemeinschaften die Zahl 1.500, damit sind mehr als 20,0% aller Haushalte betroffen. In Barmen haben Friedrich-Engels-Allee, Rott und Sedansberg knapp 1.000 BG, mit Prozentsätzen um rund 20,0%. Schließlich zeigt Oberbarmen-Schwarzbach den Rekord für die Stadt mit mehr als 25,0% Bedarfsgemeinschaften unter den Haushalten. Mönchengladbach zählt weniger BG als Wuppertal, aber diese sind deutlich erkennbar in den dicht besiedelten Teilen der Stadt konzentriert (Karte 7D), das heißt in den zentralen Vierteln der Stadtbezirke im Norden und Süden. Keiner der betroffenen Bezirke zeigt eine niedrigere Proportion als 20,0% der Bedarfsgemeinschaften zu allen Haushalten an. Dafür sind jedoch, wie in Wuppertal, die Randgebiete viel weniger betroffen.

Schließlich hat Essen eine besondere Konfiguration, die an die der Bevölkerungsdichte erinnert (**Karte 7A**). Alle Bezirke in der Nordhälfte der Kommune, die ebenfalls die dicht besiedelten sind, haben einen hohen Anteil an Bedarfsgemeinschaften, die sogar manchmal sehr hoch sind, wie in Altendorf, Altenessen-Süd, Katernberg, in denen man 3.000 bis 4.000 BG findet, was mehr als 30,0% der Haushalte darstellt. Im Gegensatz dazu sind in der südlichen Hälfte der Stadt die Werte deutlich niedriger und erreichen nur 5,0% bis 10,0% der Haushalte.

Diese 8 Karten zeigen, dass in den Städten von NRW die Probleme der Armut, gegen die sie anzukämpfen haben nicht gleichwertig sind. Zwischen Bonn und Essen sind die Unterschiede beachtlich: In Bonn scheint allein der Stadtrand betroffen zu sein, während in Essen oder in Mönchengladbach, alle städtischen Räume mit alarmierenden Proportionen betroffen sind. In anderen Städten, wie Köln, Aachen oder Bielefeld, erreicht die Verarmung vorwiegend einige Bezirke, während der Rest der Stadt verhältnismäßig verschont bleibt.



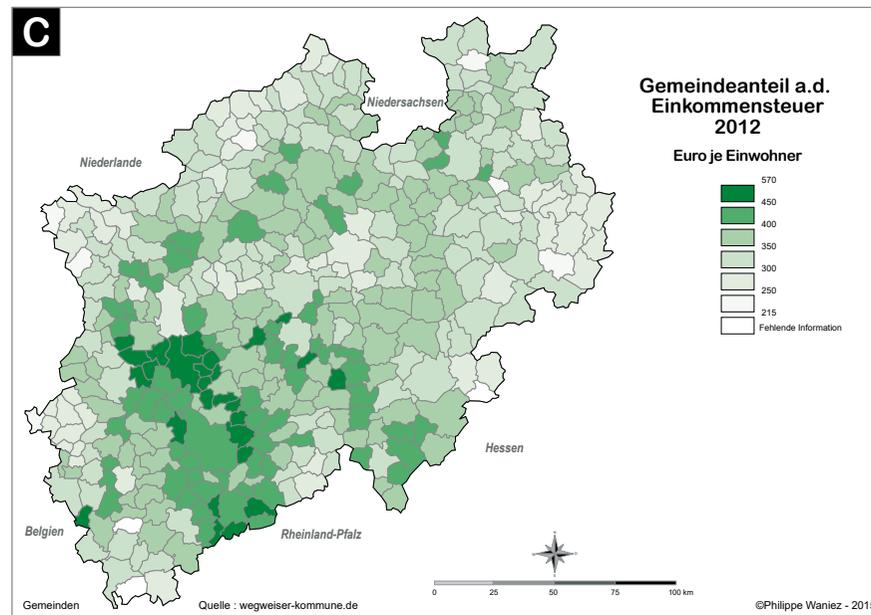
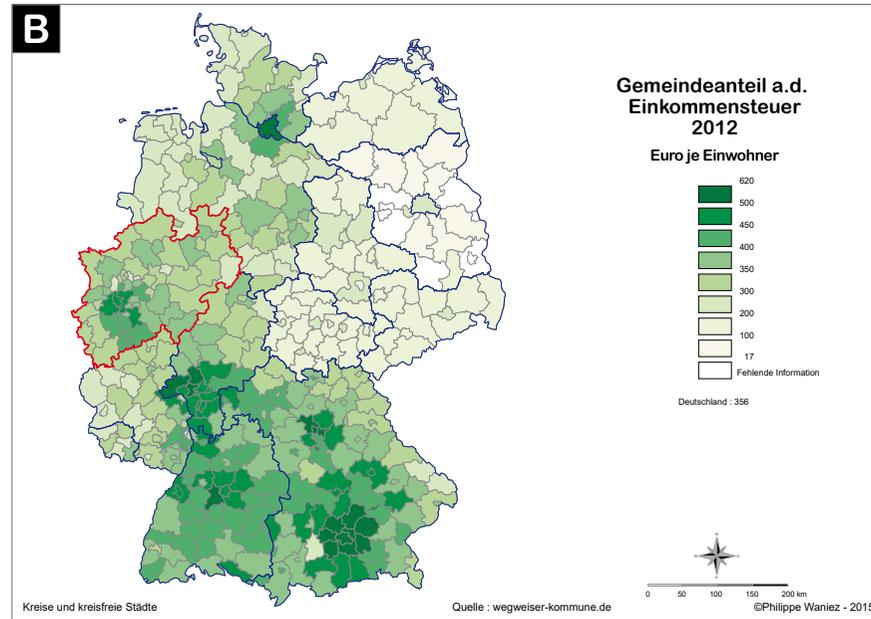
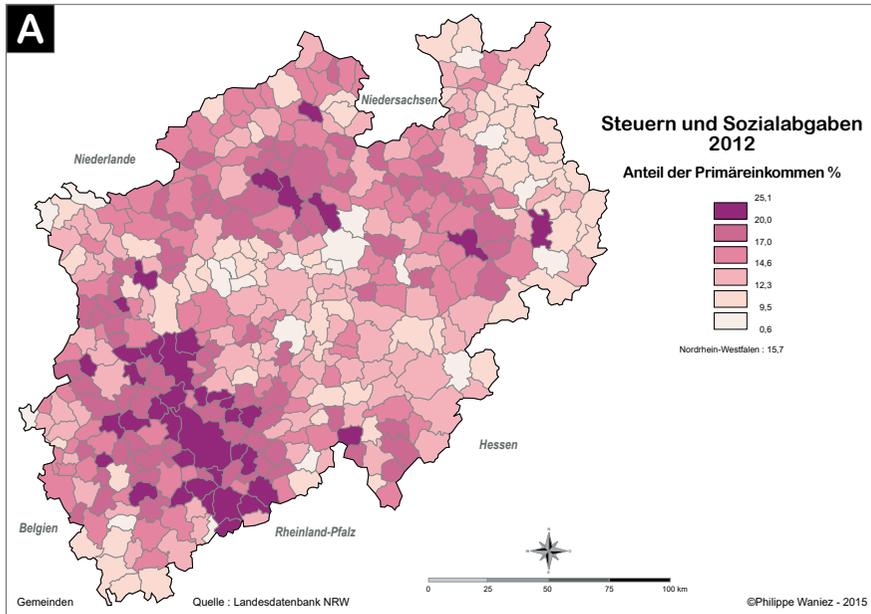


## 2. Die Steuern

„Im Jahr 2011 wurden von Bund, Ländern und Gemeinden 573 Milliarden Euro Steuern eingenommen“ (6). Man muss die Personensteuern und die Realsteuern unterscheiden. „Die Personensteuern (Subjektsteuern) knüpfen an die Person des Steuerpflichtigen an. Sie sind Besitzsteuern, die auf das Einkommen und Vermögen natürlicher und juristischer Personen erhoben werden. Sie richten sich nach den persönlichen Verhältnissen (z. B. Alter, Familie, Leistungsfähigkeit). Beispiele hierfür sind die Einkommensteuer, Erbschaftsteuer und die Körperschaftsteuer (7). „Die Realsteuern (auch Objektsteuern genannt) knüpfen alleine an das Besteuerungsobjekt an, ohne dabei die persönlichen Verhältnisse des Steuerschuldners zu berücksichtigen (8). Die Lohn- und Einkommensteuer repräsentiert etwa ein Viertel der Abgaben, während die Realsteuern nicht einmal 10,0% vom Gesamten erreichen. Sie sind aber eine wichtige Einnahmequelle für die Kommunen. Hier wird zuerst auf die Einkommensteuer, dann auf die Grundsteuern und später auf die Gewerbesteuer eingegangen.

### ***Primäreinkommen, Steuern und Sozialabgaben***

Im Jahr 2012 betrug das NRW-Primäreinkommen pro Einwohner 24.197€, gegenüber einem verfügbaren Einkommen von 20.409€ ergibt dies eine Differenz von 3.788€ pro Einwohner und 15,7% des Primäreinkommens. Dies wird durch den Abzug von Steuern und Sozialabgaben vom Primäreinkommen erklärt. Das Gewicht dieser Nebenkosten ist nicht in allen Kommunen gleich; ihr Anteil variiert zwischen 4,6% und 25,1% vom Primäreinkommen. Die Karte der Unterschiede zeigt identifizierbare Teile von NRW (**Karte 8A**).



Um das Verhältnis zu verstehen, müsste diese Karte mit der über das verfügbare Einkommen verglichen werden. Die Achse Bonn, Köln, Düsseldorf und viele ihrer Nachbargemeinden sind durch hohe Abgaben gekennzeichnet, die 20,0% vom Primäreinkommen überschreiten. Da bekanntermaßen das verfügbare Einkommen pro Einwohner in den meisten dieser Kommunen verhältnismäßig gering ist, ist dies zweifellos der Grund für den hohen Wert der Abgaben. Dies erklärt die seltsam niedrigen Einkommen der Bewohner von der Rheinachse, obwohl man sich im Wirtschaftsherzen des Landes befindet. Im Münsterland und im Westen des Teutoburger Waldes ist das verfügbare Einkommen recht hoch und der Anteil der Steuern und Sozialabgaben ist ebenfalls beträchtlich, zwischen 15,0% und 25,0%. Diese Gegend scheint also wohlhabend, mit einem bedeutsamen Belastungsniveau, während das verfügbare Einkommen auf einem hohen Niveau bleibt. Es wurde vorher festgestellt, dass sich die Kommunen mit den höchsten verfügbaren Einkommen pro Einwohner im Sauerland befinden; doch der besonders niedrige Anteil von Steuern und Sozialabgaben erlaubt es hier, dieses Niveau des verfügbaren Einkommens zu erreichen. Schließlich sind im Ruhrgebiet die Steuern und Sozialabgaben die niedrigsten im Land, was zweifellos daran liegt, dass das verfügbare Einkommen selbst sehr niedrig ist.

### ***Einkommensteuer***

„Die Einkommensteuer besteuert das Einkommen von natürlichen Personen (Einzelpersonen und Mitunternehmer von Personengesellschaften). Grundsätzlich wird das gesamte, weltweit in den folgenden sieben Einkunftsarten erzielte Einkommen am Wohnort des Steuerpflichtigen besteuert: Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb, selb-

ständige Arbeit, nichtselbständige Arbeit, Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung sowie sonstige Einkünfte. Steuerpflichtig sind prinzipiell Personen mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt im Inland sowie alle Personen, die im Inland Einkünfte erzielen“ (6).

Die Statistiken über die Einkommensteuer werden für das Jahr 2010 von den regionalen Datenbanken zur Verfügung gestellt. Dies liegt daran, dass bis zum Jahr 2011 diese Daten nur alle drei Jahre berechnet wurden. Ab 2012 werden sie jedes Jahr berechnet, aber zum Zeitpunkt des Schreibens dieses Artikels sind sie noch nicht verfügbar. Glücklicherweise bietet die Webseite <http://www.wegweiser-kommune.de> umfangreiche Daten über die kommunalen Haushalte, einschließlich der Höhe der Einkommensteuer von den jeweiligen Gemeinden pro Einwohner. Die Gemeinden in Deutschland erhalten jeweils einen Anteil von 15,0% an der Einkommensteuer die in ihrem Gebiet erwirtschaftet wurde, bzw. 6,5 Milliarden Euro für die Gemeinden von NRW. Diese Statistik kann auch auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte berechnet sein, obwohl sie nur die von den Gemeinden erhaltenen Anteile betrifft.

Die Karte der Einkommensteuer pro Bewohner für Gesamtdeutschland (**Karte 8B**) ist verständlicherweise mit der über das Einkommen vergleichbar. Man findet die Bereiche des Wohlstandes bereits auf der Karte der Haushaltseinkommen vor allem in den Regionen von München, Nürnberg, Stuttgart, Südhessen mit Wiesbaden und Mainz, Düsseldorf und einige benachbarte Kreise sowie Hamburg. Alle neuen Länder charakterisieren sich durch niedrige Abgaben, auch Berlin.

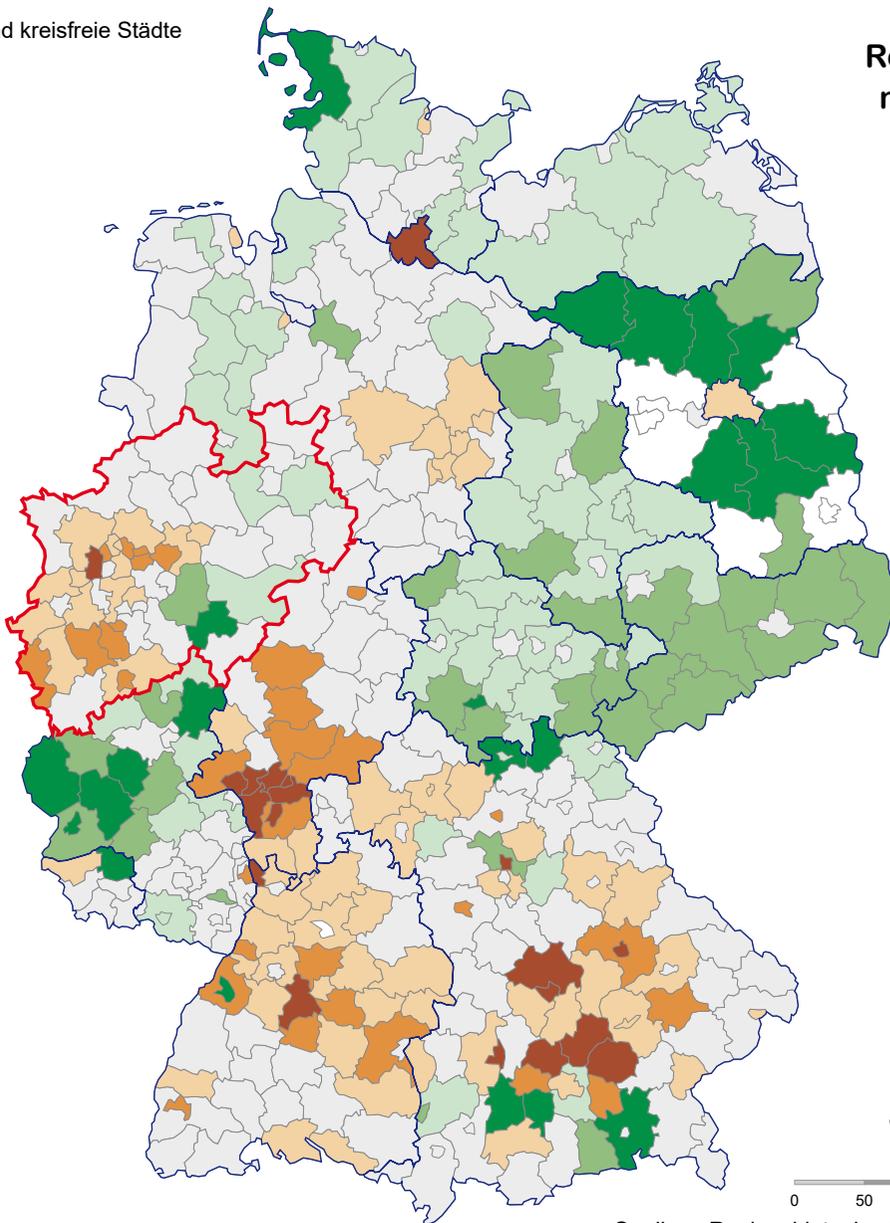
Obwohl die Karten **1A** und die Karte **8B** sich ähneln, ist es notwendig die Beziehung zwischen den zwei Indikatoren zu klären. Es ist logisch, dass man den Wert der Pro-Kopf-Einkommensteuer ermittelt, um den Wert des Pro-Kopf-Einkommens zu kennen. In dem Diagramm auf der **Karte 9** werden die Kreise und kreisfreien Städte nach Einkommen pro Einwohner (horizontale Achse) und bezahlter Einkommenssteuer (vertikale Achse) dargestellt. Die Neigung des Streudiagramms zeigt, dass es tatsächlich eine Beziehung zwischen diesen zwei Werten gibt: Je höher das Einkommen ist, desto höher wird die Einkommensteuer entrichtet, was logisch ist. Dies bestätigt die Verhältnismäßigkeit der Steuern zum Einkommen. Der Bestimmungskoeffizient  $R^2$  ermöglicht, die Stärke dieser Beziehung zu schätzen; der Wert 1 drückt eine lineare funktionale Beziehung aus (in diesem Fall, werden alle Punkte in gerader Linie aufgestellt) während der Wert 0 keine lineare Beziehung ausweist. Hier steigt der Wert von  $R^2$  auf 0,62, so dass ein bezeichnendes Verhältnis zwischen den beiden Werten bestätigt wird. Wenn die Punkte nicht in gerader Linie aufgestellt werden, ist es, weil es einen Unterschied zwischen der durch die gerade Linie dargestellten Beziehung und den beobachteten Werten gibt. Diese Differenz nennt sich „Regressionsresiduen“ und kann positiv oder negativ sein. Wenn sie positiv ist, bedeutet das, dass die Einkommensteuer höher ist, als sie unter Berücksichtigung des Einkommens sein sollte. Wenn die Differenz negativ ist, weist sie auf niedriger erhobene Steuern hin. Schließlich liegen die Kreise in der Nähe der Geraden mit einer Regression, die man für normal halten kann.

Die Karte zeigt deutlich, dass die Regressionsresiduen nicht zufällig verteilt sind, sondern im Gegenteil, geografische Gruppierungen bilden (**Karte 9**). Die neuen Länder (außer

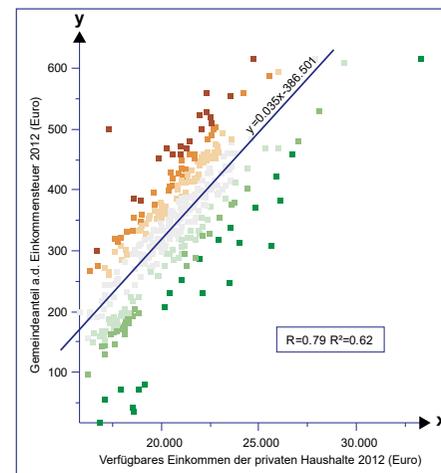
Berlin) sind bei der Einkommensteuer im Durchschnitt niedriger dargestellt angesichts der registrierten Einkommen. Sie zeigen also oft negative Regressionsresiduen an, außer für die Städte, die in einer normalen Situation erscheinen und Berlin, wo die Steuer etwas höher ist. Positive Regressionsresiduen sind im Wesentlichen in den alten Ländern lokalisiert: Bayern, Baden-Württemberg, der Süden von Hessen, Viertel im Südwesten von Nordrhein-Westfalen und Hamburg.

Diese Über- oder Unterbesteuerung im Vergleich zum Durchschnittseinkommen pro Einwohner erklären sich durch die Einkommensverteilung in jedem Kreis oder jeder kreisfreien Stadt. Tatsächlich sind die Steuersätze progressiv: im Jahr 2012 gibt die Grund-Tabelle an, dass ein Jahreseinkommen unter 8.000€ nicht besteuert wird; ab 9.000€, erhöhen sich die Sätze schrittweise: 10,0% für 15.100€, 20,0% bei 31.900€, 25,0% bei 46.100€ (9). Das entspricht einer gewissen Gerechtigkeit im Steuersystem, selbst wenn die Frage des Niveaus dieser Sätze diskutiert werden kann. Diese Art des Steuersystems, das darin besteht, auf höhere Einkommen des Steuerzahlers höhere Sätze anzuwenden, bewirkt, dass das Steueraufkommen in den Gegenden höher ist, in denen die Steuerzahler mit hohem Einkommen zahlreicher sind. Auch dann, wenn das durchschnittliche Einkommen pro Bewohner gleich hoch ist. Die Regionen, in denen die Residuen positiv sind mit dem gleichen Durchschnittseinkommen, ist die Anzahl der Steuerzahler mit hohem Einkommen größer. Die Karte der Haushalte mit hohem Einkommen bestätigt diese Tatsache.

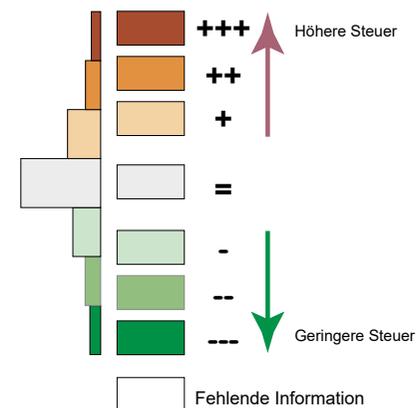
Kreise und kreisfreie Städte



### Regression von Einkommen der privaten Haushalte nach dem Gemeindeanteil a.d. Einkommensteuer Euro je Einwohner 2012



### Residuen



Quellen : Regionaldatenbank Deutschland und wegweiser-kommune.de

©Philippe Waniez - 2015

Hingegen charakterisiert ein negatives Residuum die Gegenden, in denen häufiger niedrige Einkommen vorkommen, was mit einer insgesamt niedrigeren Steuer verbunden ist. Für die neuen Länder bestätigt die Karte über Haushalte mit geringem Einkommen diese Sachlage ebenfalls.

Jedoch ist diese Erklärung zu dem Steuersatz nicht im Detail ausreichend. Zum Beispiel sind die Residuen im Ruhrgebiet deutlich positiv, während die Haushalte mit geringem Einkommen einen hohen Anteil haben. In Hamburg gibt es eine ähnliche Konfiguration. In Starnberg bei München passiert das Gegenteil. Hier muss man andere Erklärungselemente einfließen lassen, wie zum Beispiel, die sozioökonomischen Besonderheiten der Steuerzahler, die durch die Steuerklassen Veränderungen in den zu bezahlenden Beträgen herbeiführen.

Das heißt, die Höhe der Steuer in einer Kommune, hängt gleichzeitig von der Verteilung der Einkommen und von den sozioökonomischen Besonderheiten der Steuerzahler ab. Aus dem gleichhohen durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen erhalten einige Kommunen höhere Steuererträge als andere. Dies ist genau das, was Regressionsresiduum ausdrückt.

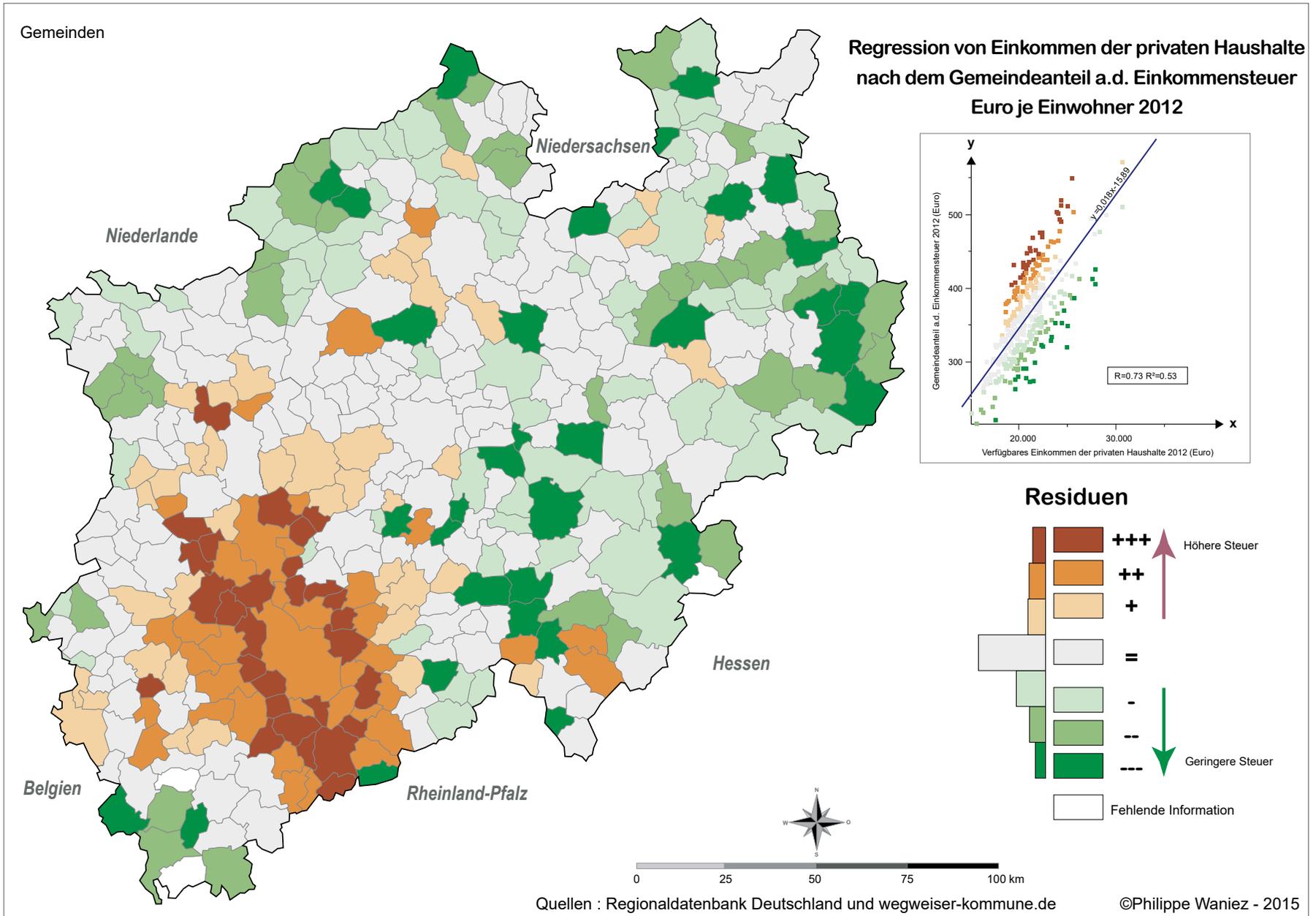
Dieselben Überlegungen kann man für die Kommunen in NRW anwenden. Die Rheinachse von Bonn bis Düsseldorf, zeigt hohe Werte (Karte 8C), vor allem an dem rechten Flussufer, wo bereits auf der Karte der Einkommen eine Ausrichtung von Kommunen mit hohem Einkommen beobachtet werden konnte. In Westfalen, wo die Einkommen der Haushalte oft beträchtlich sind, erscheint eine niedrigere Steuer, die von den Bewohnern bezahlt wird. Dieselbe Feststellung kann für das Sauerland gemacht werden. Das Verhältnis

zwischen dem Einkommen pro Einwohner und der Einkommenssteuer ist etwas niedriger als für Deutschland,  $R^2 = 0,53$ , aber ihre Form ist ähnlich.

Die Karte der Regressionsresiduen (**Karte 10**) ermöglicht, die charakterisierte Region mit positiven Residuen zu identifizieren. Sie enthält die drei Kerne der Rheinachse mit Bonn, Köln und Düsseldorf sowie die angrenzenden Kommunen, die überwiegend noch höhere Residuen anschlagen. Dieser Teil vom Herzen des Landes wird also durch einen höheren Wert in der Einkommensteuer gekennzeichnet, als es der Durchschnitt der Einkommen denken ließe. Das Ruhrgebiet ist geteilt zwischen einigen Kommunen mit etwas erhöhten positiven Residuen (Mülheim an der Ruhr, Essen, Bochum, Velbert und Hattingen), und dem restlichen Gebiet, in dem die Einkommensteuer dem Einkommen entspricht (neutrales Residuum, das nahe der Regression ist). Die meisten anderen Städte in NRW sind in dieser neutralen Situation, mit Ausnahme von Aachen mit einem schwach positiven Residuum und Bielefeld mit einem leicht negativen. Die Lokalisierung der negativen Residuen erscheint weniger gut strukturiert wie die positiven Residuen. Sie betreffen vor allem Westfalen, den Teutoburger Wald, das Sauerland und Siegerland. In der Regel sind es meist die ländlichen Kommunen.

### ***Die Realsteuern***

Realsteuern setzen sich aus Grundsteuer-A, Grundsteuer-B und der Gewerbesteuer zusammen. Die Erträge dieser Steuern für ganz Deutschland unterscheiden sich erheblich: im Jahr 2013 erreichte die Grundsteuer-A 0,37 Milliarden Euro, die Grundsteuer-B 11,98 Milliarden Euro, und die Gewerbesteuer 43,04 Milliarden Euro. Mit anderen Worten stellt allein die Gewerbesteuer 77,7% aller Realsteuern.



**Karte 10**

Vor der Kartenerstellung über die Realsteuer, ist es interessant, die Steuerbemessungsgrundlage genauer darzulegen. Die Grundsteuer „ist in Deutschland eine Steuer auf das Eigentum an Grundstücken und deren Bebauung. Man unterscheidet zwischen Grundsteuer-A (agrarisches - für Grundstücke der Land- und Forstwirtschaft) und Grundsteuer-B (baulich - für bebaute oder bebaubare Grundstücke und Gebäude). Der Einheitswert wird mit der Grundsteuerermesszahl und mit dem von der Gemeinde festgesetzten Hebesatz multipliziert. Der Hebesatz wird durch Beschluss des Gemeinderates festgelegt“ (10).

Die Berechnung der Grundsteuer wird in drei Stufen durchgeführt:

1. Der Steuerzahler füllt eine Erklärung bezüglich seines Eigentums aus und gibt sie an das Finanzamt weiter, das den Grundsteuerermessbetrag festlegt. Er basiert auf dem Einheitswert der einzelnen Eigenschaften (Boden-, Gebäude- und Außenanlagenwert) multipliziert mit einer variablen Grundsteuerermesszahl je nach Art des Eigentums (beispielsweise 2,6% bei Einfamilienhäusern für die ersten 38.346,89€ des Einheitswerts in den alten Bundesländern) (11).

2. Die Grundsteuer wird mit einem Hebesatz berechnet. „Die Städte und Gemeinden wiederum legen jährlich in einem Ratsbeschluss einen sogenannten Hebesatz fest“ (12). „Der Hebesatz für die Grundsteuer bewegt sich meist zwischen 250%-350% bei der Grundsteuer-A und zwischen 250%-400% bei der Grundsteuer-B“ (14).

3. Entsprechend des Eigentumstyps wird der Grundsteuerermessbetrag mit dem Hebesatz der Grundsteuer-A oder-B der Kommune multipliziert, in der sich das Eigentum befindet, daraus ergibt sich dann der Grundsteuerbetrag A oder B.

Die Gewerbesteuer „ist eine der ältesten Steuerarten (1936) und zudem die wichtigste Einnahmequelle der Gemeinden“ (6). „Besteuert werden gewerbliche Unternehmen im Sinne des Einkommensteuerrechts, also gewerblich tätige Einzelunternehmen und Personengesellschaften. Freiberufliche oder andere nichtgewerbliche selbständige Tätigkeiten unterliegen nicht der Gewerbesteuer. Eine Kapitalgesellschaft ist ein Gewerbebetrieb kraft Rechtsform und unterliegt immer der Gewerbesteuer. Land- und Forstwirtschaftliche Betriebe werden nur besteuert, wenn sie im Handelsregister eingetragen sind oder der Umsatz, der mit gewerblichen Dienstleistungen erzielt wird, 5.000€ übersteigt. Für natürliche Personen und Personengesellschaften ist ein Freibetrag von 24.500€ zu berücksichtigen“ (13).

Die Berechnung der Gewerbesteuer wird ebenfalls in drei Stufen durchgeführt:

1. „Die Berechnung der Gewerbesteuer erfolgt auf Basis des Gewerbeertrages. Die Grundlage bildet dabei der Gewinn eines Unternehmens nach Einkommenssteuergesetz oder Körperschaftssteuergesetz. Auf diesen Gewinn werden etwaige Hinzurechnungen und Kürzungen vorgenommen. Nach diesen Korrekturen wird der Gewerbesteuerermessbetrag ermittelt. Dieser berechnet sich aus dem Gewerbeertrag mit Hinzurechnungen und Kürzungen multipliziert mit der Gewerbesteuerermesszahl, die auf 3,5% festgesetzt ist“ (14).

2. Wie für die Grundsteuern: „die Städte und Gemeinden wiederum legen jährlich in einem Ratsbeschluss einen Hebesatz fest. Der Gewerbesteuerhebesatz muss mindestens 200% betragen“. Bei der Mehrheit der Kommunen „liegen die Hebesätze für die Gewerbesteuer zwischen 250% und 400%“ (15).

3. Der Gewerbesteuermessbetrag wird mit dem Hebesatz für Gewerbesteuer von der Kommune in dem der Sitz des Unternehmens liegt multipliziert und daraus erhält man dann den Betrag der Gewerbesteuer.

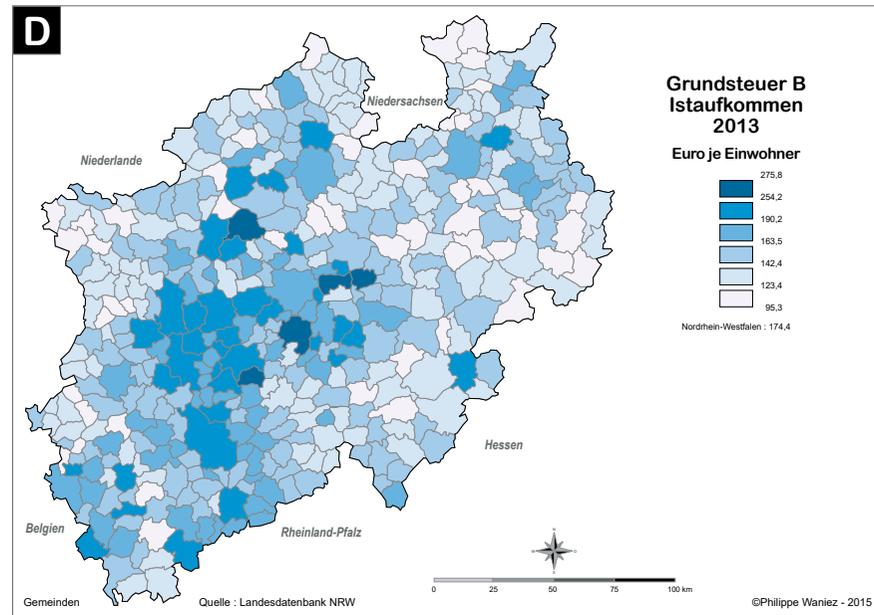
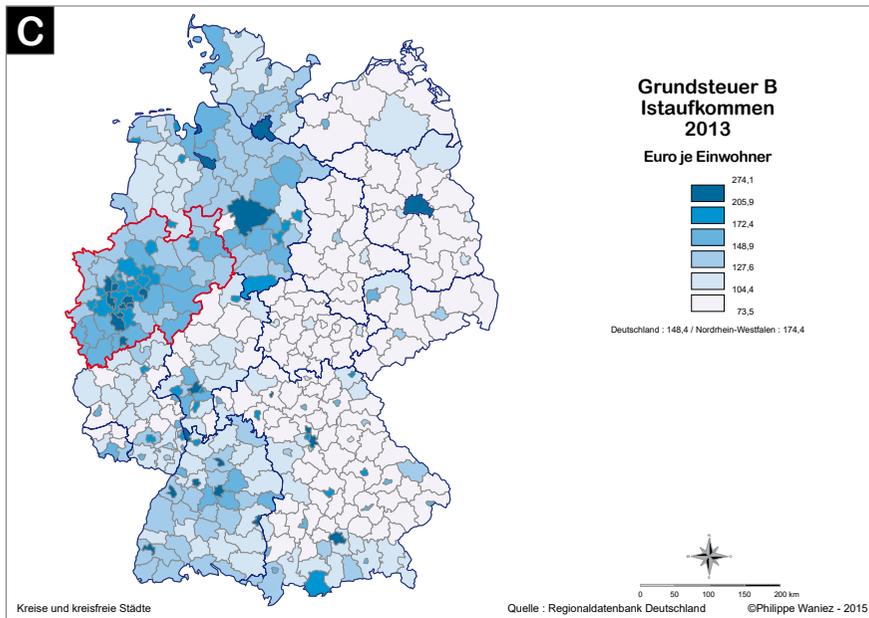
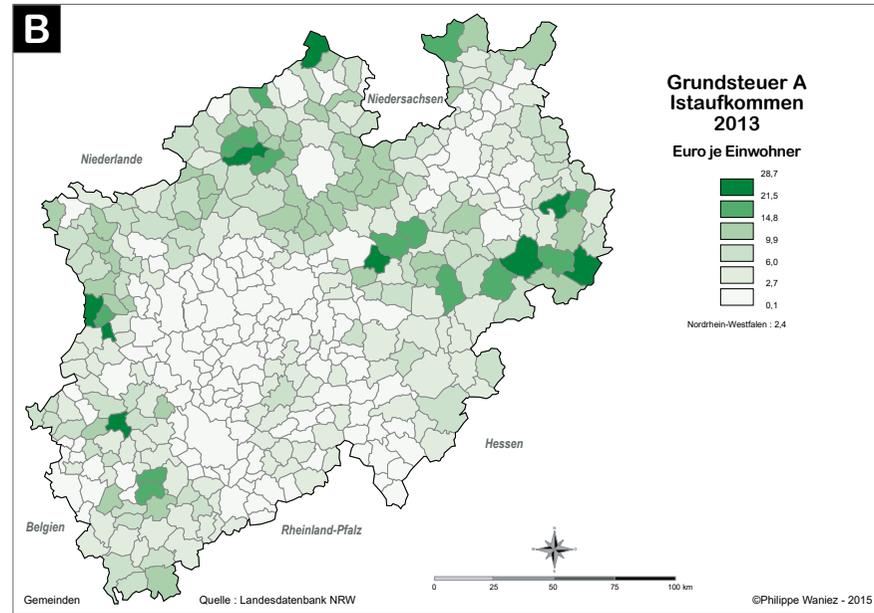
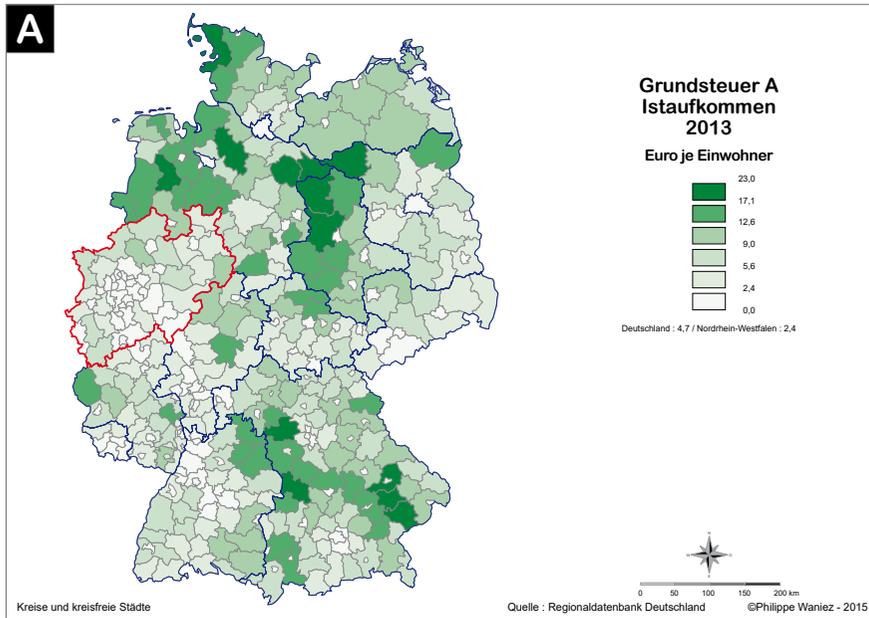
Für jede dieser drei Steuern enthalten die statistischen Daten in den jeweiligen Gemeinden drei Komponenten bezüglich der Realsteuern: Der Grundbetrag ist die Summe des Steuermessbetrags, der von der Gemeinde berechnet wird. Der Hebesatz wird durch den Gemeinderat verabschiedet und die Höhe der Steuer, die als Istaufkommen bezeichnet wird, errechnet sich aus der Multiplikation des Grundbetrags mit dem Hebesatz. Um diese Daten auf dem Niveau der Kreise herzustellen, berechnet man die Summe der Grundbeträge von den Kommunen jeden Kreises. Der Hebesatz von dem Kreis ist der gewichtete Durchschnitt der Grundbeträge aus den Hebesätzen der Kommunen jedes Kreises.

Der Wert des Grundsteuer-Istaufkommens-A-und-B spiegelt den Vermögenswert von Grundstücken und Immobilien jeder Gemeinde wieder. Auch der Wert von der Gewerbesteuer steht in Verbindung mit der Wirtschaftsleistung der Unternehmer. In allen Fällen spiegelt es jedoch kein realistisches Bild der Sachen wieder, weil es von verschiedenen Parametern beeinflusst ist; zuerst die Berechnung der Steuermessbeträge selbst und dann durch die Hebesätze. Um das Veranlagungsniveau für diese drei Steuern zu vergleichen, kann man ihre Istaufkommen pro Einwohner berechnen. Dann ist es möglich eine Kartografie, entweder im Rahmen der Gemeinden und Kreisfreien Städte einzurichten (für NRW), oder im Rahmen der Kreise und kreisfreie Städte (für Gesamtdeutschland).

## **Die Grundsteuer-A „Agrarisch“**

Das Grundsteuer-A-Istaufkommen (Agrarisch) basiert auf dem Wert des Bodens. Zahlreiche Faktoren erklären die örtlichen und regionalen Unterschiede des Preises für landwirtschaftlich genutzten Boden. An erster Stelle steht der Wert pro Hektar und die Höhe des Einkommens der Landwirte, welches die Direktbeihilfen der gemeinsamen Agrarpolitik und die Subventionen für bestimmte Kulturen zur Energieerzeugung einschließt. „Regierungsinstrumente können ebenfalls Auswirkungen auf die landwirtschaftlichen Bodenmärkte haben, wie die Verkäufe der alten landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in den neuen Bundesländern“ (16, 17).

Die Werte des Grundsteuer-A-Istaufkommens pro Einwohner variiert zwischen 0,0€ und 23,0€ in den Kreisen. Die hohen Werte gelten vor allem im Westen von Niedersachsen und Schleswig-Holstein, in den meisten Teilen von Sachsen-Anhalt und im Zentrum von Bayern (**Karte 11A**). In den anderen Regionen sind niedrigere Werte ausgewiesen. Dies ist hauptsächlich in den neuen Bundesländern der Fall, in Brandenburg, Sachsen und Thüringen. Dies ist verständlich, wenn man bedenkt, dass der Preis für den landwirtschaftlichen Hektar in den neuen Ländern 2,5mal niedriger ist als in den alten Bundesländern (10.510€ zu 25.189€). (18) Die Werte sind ebenfalls im Süden von Hessen, im nördlichen Baden-Württemberg, im Becken von Nürnberg und München niedrig. Da es sich um städtische Regionen handelt, sind die landwirtschaftlichen Flächen weniger verbreitet und der Wert pro Einwohner wird auf Grund der starken Bevölkerungsdichte nach unten gezogen.



Das Grundsteuer-A-Istaufkommen pro Einwohner stellt in NRW die Hälfte von dem aus Gesamtdeutschland dar (2,40€ zu 4,70€). Doch der Wert für Ackerland ist in NRW doppelt so hoch wie in ganz Deutschland, 32.427€ je Hektar im Jahr 2013 gegenüber 16.381€ (17). Die sehr niedrigen Werte pro Bewohner auf der Achsen von Rhein und Ruhr erklären sich auch durch die starke Urbanisierung in diesen Gegenden, in denen die landwirtschaftlichen Flächen knapp sind und die Bevölkerungsdichten hoch (**Karte 11B**). Auch wenn der Preis für Grund und Boden gestiegen ist (teilweise auf Grund der relativen Seltenheit), ist das Steueraufkommen pro Einwohner auf diesen Flächen niedrig. Dies gilt auch für die Regionen Aachen-Düren und Bielefeld-Gütersloh-Paderborn-Detmold. Letztlich gibt es nur das Münsterland, den Niederrhein und den Süden des Teutoburger Waldes, wo das Grundsteuer-A-Istaufkommen je Einwohner relativ hoch ausgewiesen wird. Im Jahr 2013 liegt der Preis der landwirtschaftlichen Nutzfläche bei 46.325€ je Hektar im Regierungsbezirk Düsseldorf und bei 47.203€ im Regierungsbezirk Münster. Dies sind Werte, die deutlich über dem von Gesamtdeutschland liegen. Schließlich kann man die niedrigen Werte des Sauerlandes hinterfragen. Sicher handelt es sich hier um eine ländliche Gegend, aber hier beherrscht der Wald den Sektor und der Preis von landwirtschaftlich genutztem Land sinkt hier auf 28.389€ je Hektar im Jahr 2013 in dem Regierungsbezirk von Arnsberg. Zweifellos ist der Wert noch geringer für ein Waldhektar. Der Preis, ändert sich entsprechend des Alters und der Qualität der Bäume und des Abhanges. (Im März 2015, handelte man eine 23 Hektar aufgeforstete Parzelle im Ennepe-Ruhr-Kreis mit ungefähr 11.000€ pro Hektar).

## **Die Grundsteuer-B „Bau“**

Mit Grundsteuer-B (B für Bau) verlassen wir die Welt der Landwirtschaft und widmen uns den Städten und Ballungszentren. Dies wird in der Karte für das Grundsteuer-B-Istaufkommen von Deutschland pro Einwohner gezeigt (**Karte 11C**). In der Tat sind es die kreisfreien Städte, die systematisch die höchsten Werte anzeigen, auch wenn das Land, in dem sie sich befinden, mit mehr oder weniger hohen Werten ausgewiesen ist. In mehreren Ländern sind im Allgemeinen die Werte außerhalb der kreisfreien Städte niedrig. Insbesondere in allen neuen Bundesländern sowie in Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz. Hier erscheinen die Städte wie Inseln mit deutlicher Überbewertung. Darüber hinaus sind die in den Landkreisen beobachteten Werte höher als in Baden-Württemberg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. NRW markiert seine Individualität mit einer viel höheren Bewertung von 174,4€ gegenüber 148,4€ für das ganze Land.

Ein anderer Aspekt soll hervorgehoben werden: die Hierarchie der Städte ist klar und dies unabhängig von dem Gesamtniveau des Landes, in dem sie sich befinden. Alle Städte zeigen das höchste Niveau der Besteuerung, mehr als 205€, die durch sehr hohe Preise der Immobilien erklärt werden. Die Liste dieser Städte zeigt, dass es sich um weltweit bekannte Metropolen handelt: Frankfurt (253€ pro Einwohner), Stuttgart (255), Hamburg (246), Bremen (246), Hannover (230), Düsseldorf (225), Nürnberg (221,9), München (218), Köln (210) ... Es gibt auch einige wichtige Universitätsstädte: Bonn (228) Ulm (210), Freiburg (209), Mannheim (207).

Schließlich macht Baden-Baden (231) eine Ausnahme, weil es keine große Stadt ist, aber der weltweite Ruf der Kurstadt erklärt vermutlich den hohen Wert des Grundsteuer-B-Istaufkommen pro Einwohner. Im östlichen Deutschland erreichen die Großstädte, abgesehen von Berlin, nicht die höchsten Werte von Deutschland. Leipzig liegt an der Spitze (169), gefolgt von Schwerin (167), Chemnitz (148), Dresden (135) und Magdeburg (132). Diese Werte unterstreichen auch die städtische Hierarchie, aber auf einem niedrigeren Niveau als in den alten Ländern.

In NRW, auf der Rheinachse zwischen Bonn und Duisburg und im südlichen Teil des Ruhrgebiets, sind die Werte des Grundsteuer-B-Istaufkommens pro Einwohner hoch und relativ homogen, zwischen 190€ und 255€ (**Karte 11D**). Zu diesen zwei Komplexen kommen Wuppertal und Solingen hinzu. Andere Städte wie Aachen, Münster, Bielefeld, Minden, Rheine, Detmold, sind unmittelbar unterhalb dieser Kategorie, zwischen 160€ und 190€ pro Einwohner. Einige Städte haben viel höhere Werte, wie Unna und Werl (275), Remscheid (274), Haltern am See (265), Hagen (254). Es handelt sich um Kommunen, die äußerst hohe Hebesätze haben: 769 in Unna, 800 in Werl, 825 in Haltern am See und 750 in Hagen. Für diese Stadtverwaltungen geht es darum, mit höheren Steuereinnahmen den finanziellen Schwierigkeiten zu trotzen, was gerichtliche Auseinandersetzung mit den Bewohnern provoziert (19).

Im Allgemeinen werden die ländlichen Gebiete durch niedrigere Durchschnittswerte des Landes gekennzeichnet, wie im Fall vom Sauerland, dem Teutoburger Wald, Münsterland und Niederrhein. Man findet hier eine Hierarchie der Räume wieder, die schon mit anderen Themen gesehen wurden: Das Herz des Landes, gebildet von der Rhein-Ruhr-Achse

und gekennzeichnet durch eine starke Aufwertung des Immobiliengeschäftes; die Städte, die die anderen Teile des Landes polarisieren, mit einer weniger starken Bewertung und dem ländlichen Raum mit einer schwächeren Bewertung. In dieser Ordnung erscheinen mehrere Kommunen der Nordhälfte des Ruhrgebiets wie abgewertet: Bottrop, Gelsenkirchen, Herten, Herne, Castrop-Rauxel, und sogar in einem kleineren Maß, Dortmund (177€).

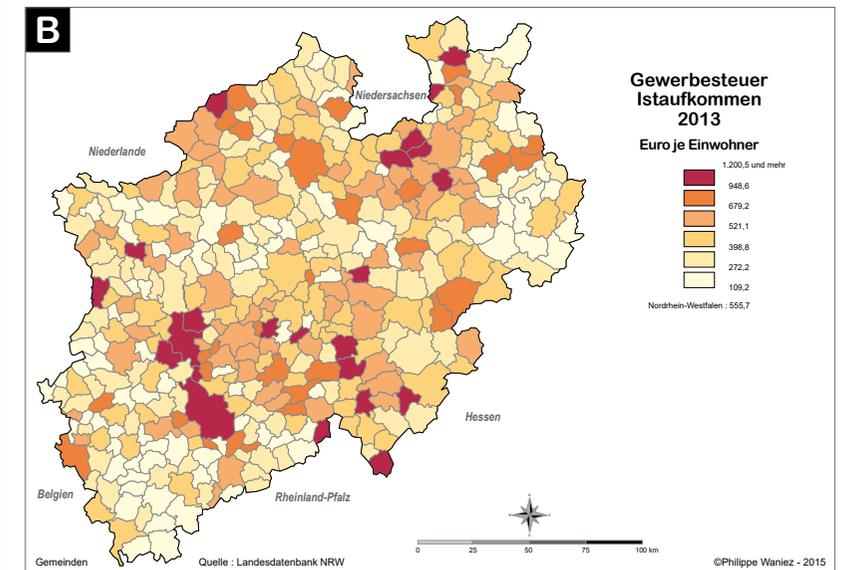
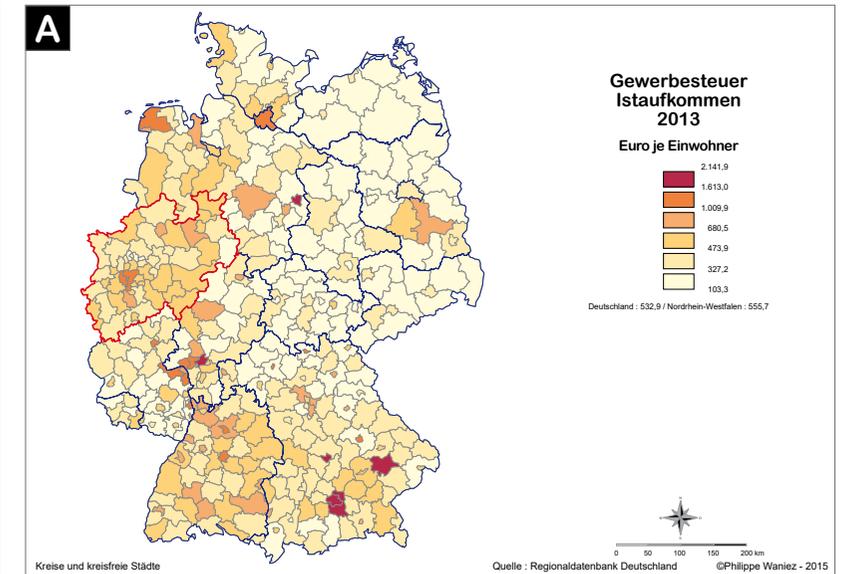
### **Die Gewerbesteuer**

Diese Steuer betrifft die Gewinne aus den Gewerbebetrieben. Die Bemessungsgrundlage ist der Gewinn, dem bestimmte Beträge hinzugerechnet und abgezogen werden. Von diesem Betrag wird ein Freibetrag entsprechend der Gesellschaftsform abgezogen. Man kann davon ausgehen, dass es sich hier um einen Indikator in Verbindung mit den wirtschaftlichen Leistungen der finanziellen und kommerziellen, industriellen Tätigkeiten handelt.

Es ist das Gewerbesteuer-Istaufkommen pro Einwohner, das auf der Karte von Deutschland gezeigt wird (**Karte 12A**). Man beobachtet auf dieser Karte eine Konzentration dieser Steuer in einigen Punkten des Landes und an erster Stelle in einigen großen Metropolen: Hamburg (aber nicht Bremen), Düsseldorf, Frankfurt, Wiesbaden, Mainz, Stuttgart und München. Die Region von Hannover erreicht nur 703€ pro Einwohner im Durchschnitt, aber diese Zahl verbirgt viel höhere Werte in einigen Kommunen: 1.104€ (Jahr 2012) in der Stadt Hannover selbst, 617€ in Burgwedel und vor allen 1.314€ in Langenhagen, wo sich der Flughafen befindet. Es handelt sich um die Liste der wirtschaftlichen Hauptzentren von Deutschland. Keine Stadt aus den neuen Ländern gehört dazu. Zu der Liste der Städte mit hohen

Gewinnen, fügt sich eine zweite Liste, die die Macht der deutschen Industrie, vor allem die Automobilindustrie zum Ausdruck bringt: Wolfsburg mit Sitz des Volkswagen-Konzerns (1.864€ pro Einwohner, fast das Vierfache des deutschen Durchschnitts), Ingolstadt, Audi-Zentrale (2.000€), Dingolfing-Landau, Stammwerk der BMW Gruppe (1.761€), Ludwigshafen BASF-Zentrale (1.035€) Heilbronn mit Unilever-Knorr (1.056€).

Neben diesen festen Punkten höchster Werte des Gewerbesteuer-Istaufkommens werden einige Bereiche mit gleichhohen oder höheren Werten als der nationale Durchschnitt beobachtet. So präsentiert sich Baden-Württemberg wie eine Konstellation von Kreisen mit einem Steuerniveau zwischen 500€ und 800€ pro Einwohner. Das erklärt sich durch die Existenz einer aktiven und innovativen Industrie (Holznutzung, Mechanik, Optik, Pharmazie...). Dieselben Feststellungen können für NRW gemacht werden (**Karte 12B**). Außerhalb der dominierenden Einheit von Köln, Düsseldorf, Neuss und Ratingen, gibt es viele Gemeinden, in denen das Gewerbesteuer-Istaufkommen nahe oder über dem Durchschnitt des Landes liegen (556€ pro Einwohner), beginnend mit Münster (847) und Aachen (738), die damit ihre Bedeutung in der Wirtschaft des Landes NRW bestätigen. Dann findet man Remscheid (626) und Solingen (606) sowie Wuppertal (550) gefolgt von Essen (549) und Mönchengladbach (531). Das Dreieck Bielefeld, Gütersloh, Paderborn im Norden des Landes bildet ein zusammenhängendes geografisches Gebiet, das von Detmold ergänzt wird. Im Allgemeinen weist sich Westfalen durch gleichhohe oder höhere Durchschnittswerte des Landes aus. Im Gegensatz dazu ist fast das ganze Ruhrgebiet (außer Essen) unter dem Durchschnitt platziert.



Zum Beispiel erreicht Bottrop keine 250€, ebenfalls Herne und Castrop-Rauxel. Auch wenn das Sauerland nicht in einer deprimierten Position erscheint, so ist dies im Südosten vom Teutoburger Wald und der Eifel der Fall, die mit sehr niedrigen Werten in dem Bereich zwischen nur 110€ und 250€ angezeigt werden.

## **Die Hebesätze**

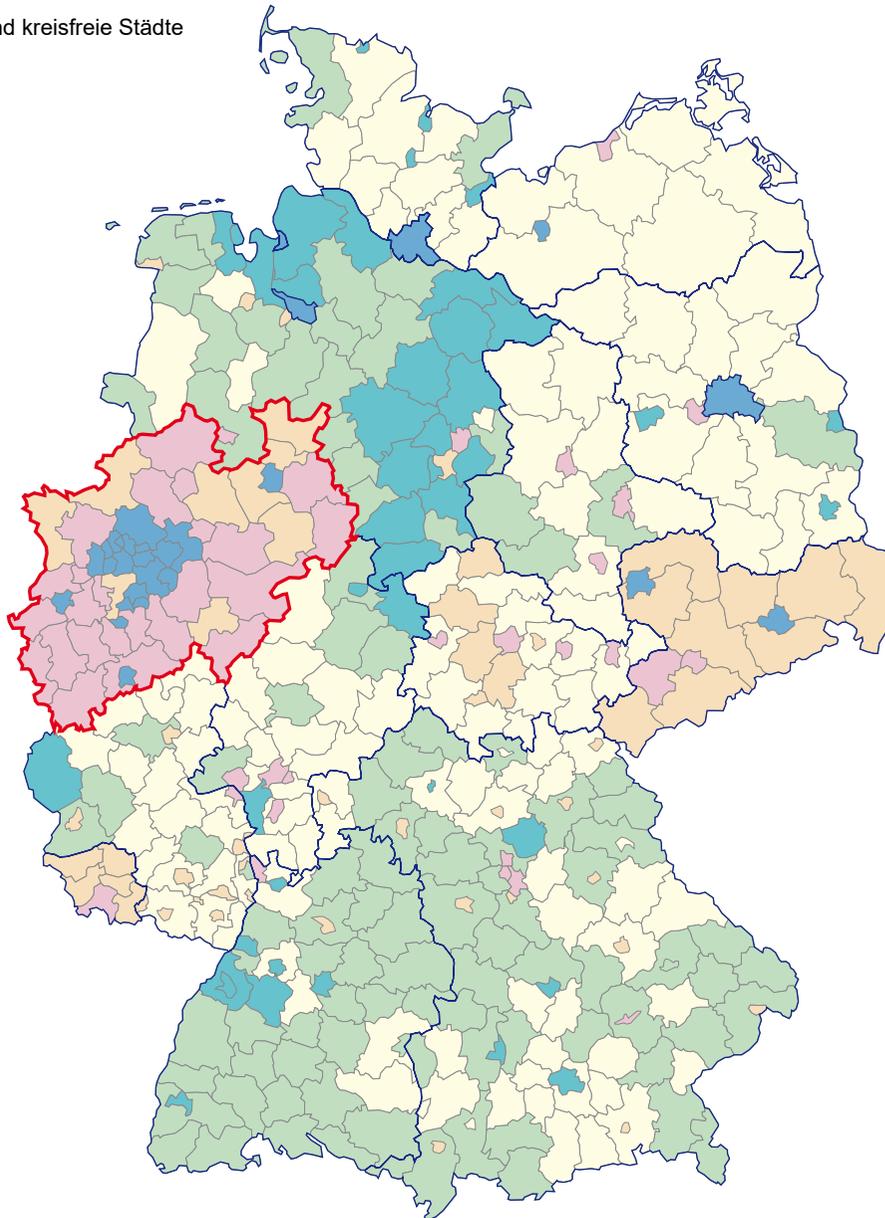
Die Hebesätze sind das Mittel, mit dem eine Kommune jedes Jahr den Betrag der Realsteuer modulieren kann, der von den Einwohnern und den Unternehmen gefordert wird. Entsprechend ihren Entwicklungsprojekten, aber auch den Belastungen denen sie gegenüberstehen, können die Gemeinden durch eine Entscheidung des Gemeinderats beschließen, die Abgabenbelastung auf die ein oder andere Realsteuer zu erhöhen oder zu senken oder sogar auf alle Realsteuern gleichzeitig. Für Grundsteuer-B, zum Beispiel, kann die Höhe des Hebesatzes Einfluss auf die Bevölkerungsentwicklung (durch Zuzug bzw. Wegzug) haben. Das gleiche gilt für die Gewerbesteuer, „wählt die Gemeinde einen höheren Hebesatz, so vergrößert sie ihre Steuereinnahmen, allerdings besteht die Gefahr, dass sie als Gewerbestandort für potentielle Investoren unattraktiv wird“ (15). „Mit dem Gewerbesteuerhebesatz konkurrieren die Gemeinden um die Standortwahl der Unternehmen. Als Standort sollten Sie also eine Gemeinde mit möglichst niedrigen Hebesätzen auswählen“ (21) Mit den drei Hebesätzen der Realsteuern gibt es drei Stellhebel, die die Kommunen betätigen können, um zugleich ihr Einkommen zu maximieren aber auch ihre Wirtschaftsentwicklung zu begünstigen.

Die Karten der einzelnen Hebesätze pro Gemeinde und für ganz Deutschland im Jahr 2011 sind in der in (6) angege-

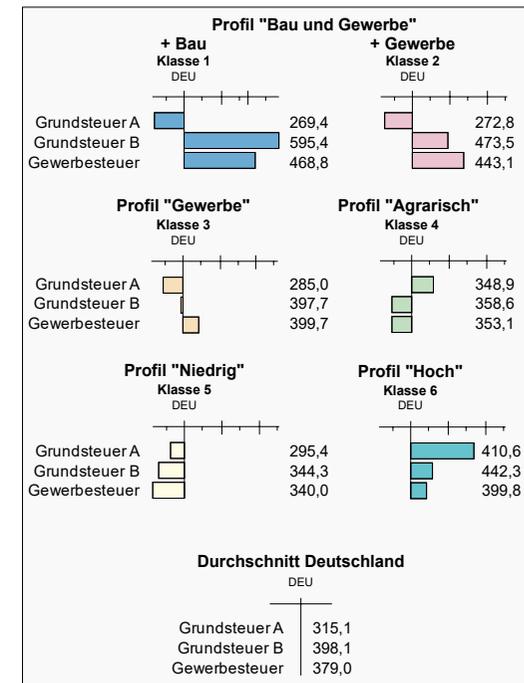
benen Quelle erhältlich. Hier versuchen wir, die Werte der drei Hebesätze gleichzeitig zu analysieren. Die hierarchisch aufsteigende Klassifikation (AHC) ermöglicht, die verschiedenen Typen der Kombinationen von Hebesätzen in jedem Kreise zu präzisieren. Dabei handelt es sich hier um den Durchschnitt der Hebesätze des Kreises, kreisfreie Stadt oder der Gemeinde. Jede Klassennummer entspricht einem Profil, das die Unterbesteuerung oder die Überbesteuerung für jede der drei Steuern im Vergleich zum Durchschnitt der Hebesätze von Deutschland sichtbar macht. Diese Differenz wird durch die Streuung der einzelnen Steuer-Hebesätze (Standardabweichungen) gemessen.

Die Klassifikation der Hebesätze für alle Kreise und kreisfreien Städte von Deutschland erfordert eine Deutung in sechs Klassen. Die Klassen 1 und 2 werden durch ein hohes Niveau der Hebesätze auf Grundsteuer-B und Gewerbesteuer im Vergleich zum Durchschnitt von Deutschland definiert (**Karte 13**). In der Klasse 1, sind es die Hebesätze der Grundsteuer-B, die eine Überbesteuerung im Vergleich zum nationalen Durchschnitt haben, während es für die Klasse 2 die der Gewerbesteuer sind; wohl wissend, dass das Niveau der Überbesteuerung durchschnittlich in der Klasse 1 höher ist als in Klasse 2. Die Karte der Klasse 1 kennzeichnet viele städtische Gebiete (jedoch nicht alle städtische Gebiete), in denen Wohnimmobilien und Gewinne aus wirtschaftlichen Aktivitäten stark versteuert sind. Dies sind einige der wichtigsten Städte des Landes: Hamburg, Bremen, Berlin, Dresden und Leipzig; angeschlossen vom Ruhrgebiet als Ganzes, die Drei Bergischen (Wuppertal, Solingen, Remscheid), Bonn, Mönchengladbach, Bielefeld und Schwerin. Die Gruppierung dieser Klasse in NRW ist bemerkenswert.

Kreise und kreisfreie Städte



## Realsteuern - Hebesätze Klassifizierung 2013



0 50 100 150 200 km

Quelle : Regionaldatenbank Deutschland

©Philippe Waniez - 2015

Die Klasse 2 betrifft auch NRW. Sie wird auch in vielen anderen Städten im Westen gefunden: Frankfurt am Main, Wiesbaden und Mainz, Darmstadt, Saarbrücken, Mannheim, Nürnberg, Braunschweig; im Osten, Erfurt, Jena, Gera, Zwickau, Chemnitz, Halle, Dessau, Magdeburg, Potsdam und Rostock.

Mit der Klasse 3, drängt sich der Hebesatz der Gewerbesteuer in den Vordergrund, während der von der Grundsteuer-A schwach ist und der von der Grundsteuer-B dem Durchschnitt des Landes nahe ist. Diese Kategorie umfasst viele Landkreise von Sachsen und Thüringen, die meisten landwirtschaftlichen Kreise von NRW und im zweiten Rang eine Reihe von Städten, wie Salzgitter, Regensburg, Bamberg und Bayreuth, Oldenburg und Emden, Koblenz und Kaiserslautern... Auf der geografischen Karte erscheint diese Klasse nicht homogen (es ist eine Mischung von Städten und Landkreisen), aber das gemeinsame Merkmal in allen diesen Kreisen oder kreisfreien Städten besteht in einer stärkeren Besteuerung der Unternehmen wegen der bebauten Gelände und die Unterbesteuerung der forst- oder landwirtschaftlich genutzten Erde.

Die Klasse 4 charakterisiert die Kommunen der Kreise, die einen Großteil ihrer Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft beziehen. Dies sind im Wesentlichen Landkreise in Bayern, Baden-Württemberg und im Westen von Niedersachsen. Man findet sie ebenfalls im Norden von Hessen, in Sachsen-Anhalt, in Schleswig-Holstein und in Rheinland-Pfalz.

Die zwei letzten Klassen haben eine gegensätzliche Bedeutung: Die Klasse 5 betrifft Kreise in denen die drei Typen von Hebesätze im Allgemeinen unter dem nationalen Durchschnitt liegen, also in der Unterbesteuerung. Diese

Klasse gibt es von Schleswig-Holstein bis Rheinland-Pfalz und in großen Teilen der neuen Länder, mit Ausnahme ihrer Städte. Dies sind hauptsächlich ländliche Regionen. In Bayern ist vor allem Oberbayern betroffen, um München herum. Mit der Klasse 6 sind die drei Arten von Hebesätze in der Regel höher als der nationale Durchschnitt, mit einer starken Überbesteuerung für die Grundsteuer-A. Es betrifft vor allem einen Teil der Küste und der östlichen Region von Niedersachsen (einschließlich Hannover). Im Süden des Landes gehören eigenartigerweise vor allem Städte zu dieser Klasse: Stuttgart, Karlsruhe, Heidelberg, Pforzheim, Freiburg, Baden-Baden, in Baden-Württemberg; München, Ingolstadt, Augsburg im Bayern.

Die Beschreibung der Merkmale der Klassen und deren Verteilung auf der Karte zeigen, dass eine geografische Logik in der Kombination aus den Niveaus der Hebesätze existiert. Die erste Logik ist, dass die Städte hohe Werte für Grundsteuer-B und Gewerbesteuer wählen. Aber die Karte zeigt, dass es ein Gefälle zwischen den Klassen 1, 2 und 6 gibt. Die Klasse 1 ist durch eine höhere Besteuerung gekennzeichnet. Die zweite Logik ist, dass die Opposition Stadt / Land abhängig von der Überbesteuerung oder Unterbesteuerung der Grundsteuer-A ist (Klasse 4). Aber nicht alle ländlichen Gebiete sind davon betroffen, wie NRW oder Sachsen (Klasse 3), wo vielmehr die wirtschaftlichen Aktivitäten im Visier stehen. Die endgültige Logik ist, dass alle Überbesteuerungen oder Unterbesteuerungen im Verhältnis zum Durchschnitt des gesamten Landes stehen.

Die Karte zeigt eine große Situationsvielfalt, die zugleich der Dynamik der Wirtschaftstätigkeit und der finanziellen Lage der Kommunen entspricht. Zum Beispiel ist es verwunderlich, Kreise in der Peripherie von München zu sehen, deren

Reichtum bekannt sind, die zu derselben Klasse gehören wie die Mehrheit der ländlichen Kreise in den neuen Ländern. Im ersten Fall genügen zweifellos niedrige Hebesätze die kommunalen Ausgaben zu sichern; im zweiten Fall führt die Erhöhung der Hebesätze vielleicht dazu, den gesamten Wirtschaftsentwicklungsversuch im Keim zu ersticken, weil es zum Beispiel die Unternehmen abschreckt sich in dieser Region einzurichten.

Die Klassifizierung der Hebesätze für alle Gemeinden in NRW führte zur Interpretation der sechs Klassen (**Karte 14**). Sie unterscheiden sich zum Teil in den definierten Klassen für Gesamtdeutschland, weil Klassen 4, 5 und 6 nicht in NRW präsent sind. Man findet die bereits beschriebenen Klassen 1 und 2 der Überbesteuerung von Grundsteuer-B und Gewerbesteuer wieder. Zwischen der Karte 13 und der Karte 14, gibt es einige Unterschiede in der Position von Klasse 1, weil sie sehr im Ruhrgebiet konzentriert ist; es fügt sich Iserlohn an, Hemer und Balve, alle drei östlich von Hagen in der nördlichen Hälfte des Märkischen Kreises und Düren sowie einige andere verstreute Städte.

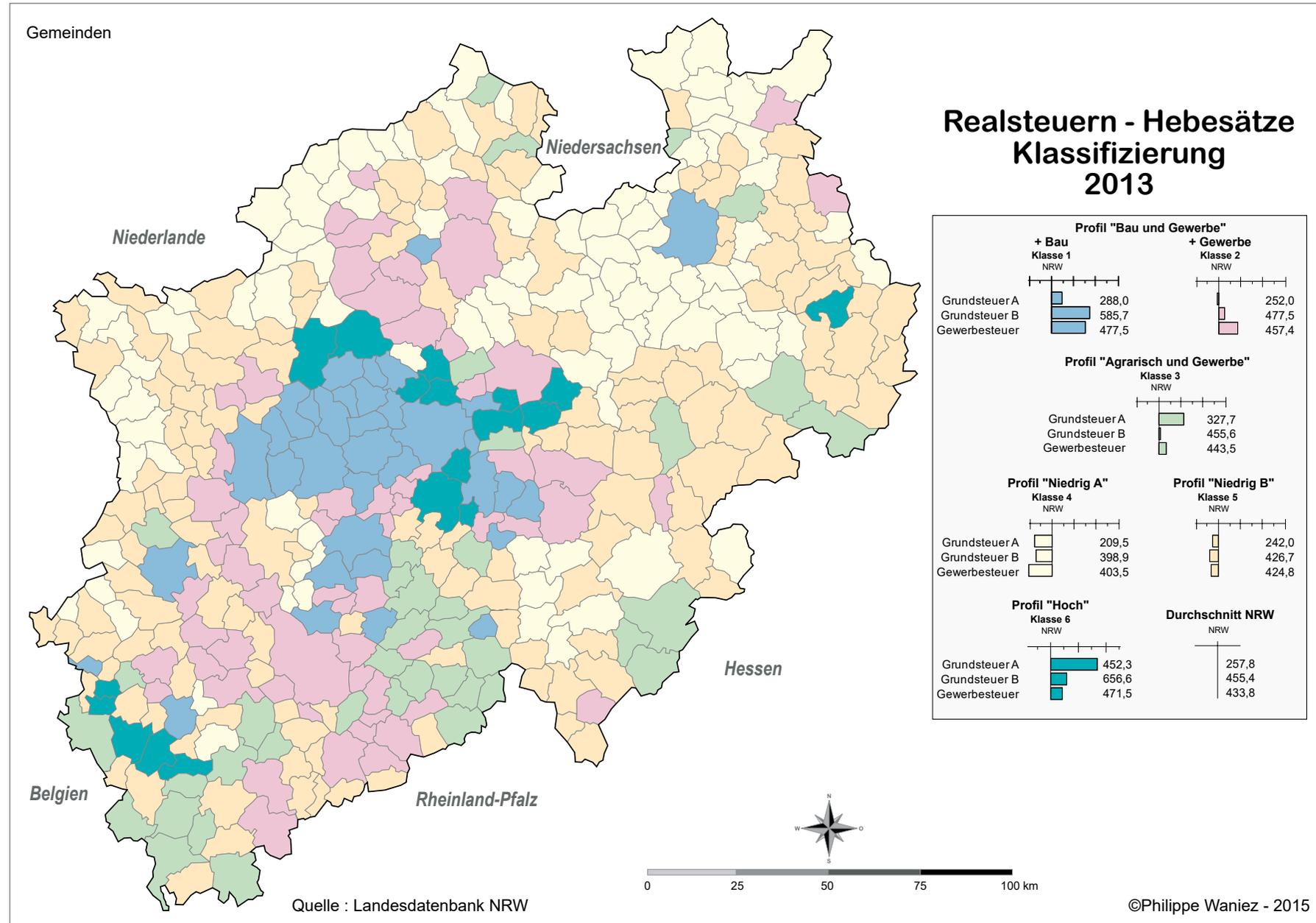
Die Klasse 2, die durch eine starke Übersteuerung der Gewerbesteuer gekennzeichnet ist, erscheint viel seltener in NRW als auf der Karte von Deutschland. Dies spiegelt eine gewisse Diversifizierung in den Gemeindebeständen der Kreise in der Klasse 2 auf der Karte 25 wieder, weil der Durchschnitt der Hebesätze die für die Kreise kalkuliert sind teilweise die kommunalen Differenzen verbirgt. Daraus ergibt sich eindeutig eine Achse die Köln mit Bonn verbindet mit Neuss, Krefeld und Moers und Düsseldorf auslässt. Es gibt noch andere wichtige Städte in dieser Klasse, in Westfalen insbesondere Münster, Minden und Hamm, und eine ganze Reihe von Gemeinden zwischen Köln und Düren.

Mit der Klasse 3 sind die forstwirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Flächen des Bergischen Landes, das Sauerland, die Eifel und der Süden Teutoburger Waldes überbesteuert; die Gewerbesteuern sind ebenfalls überbesteuert, aber in einem kleineren Maß.

Zwei Profile der schwachen Hebesätze erscheinen in den Klassen 4 und 5. Sie kommen vor allem in kleinen Landgemeinden vor und bilden mit dieser Tatsache einen mehr oder weniger breiten Gürtel in der Peripherie des Landes. Die Unterbesteuerung (Klasse 4) ist in vielen Städten von Westfalen intensiver, aber auch in einigen Gemeinden des Niederrhein und des Sauerlands. Die Unterbesteuerung erscheint moderater im Teutoburger Wald, Sauerland und im Niederrhein. Vier Städte sind in dieser Klasse, die Landeshauptstadt Düsseldorf, Siegen, Detmold und Rheine.

Schließlich wird die Klasse 6 durch eine allgemeine Überbesteuerung gekennzeichnet, wobei die Grundsteuer-A höher ist als andere. Sie charakterisiert die Bergwerksregion von Stollberg, von Würselen und Alsdorf (Aachener Reviere) und eine große Zahl von Kommunen, die in der nördlichen und östlichen Peripherie des Ruhrgebiets liegen, wie Dorsten, Haltern am See, Selm, Waltrop und Lünen (im Norden von Dortmund), Unna, Werl und Welper (im Süden von Hamm), Schwerte und Nachrodt-Wiblingwerde nahe Hagen.

Auf der Karte von Deutschland beobachtet man eine gewisse Situationsvielfalt, die sich auch in der Dynamik der Wirtschaftstätigkeit und der finanziellen Lage der Kommunen äußern. Man kann sich fragen, ob das starke Übersteuerniveau der Grundsteuer-B und der Gewerbesteuer in der Mehrheit der Kommunen des Ruhrgebiets und in den drei Bergischen von dauerhaften Charakter ist (Klasse 1).



Ist es sinnvoll auch bei großen Schwierigkeiten der kommunalen Finanzen, eine so hohe Steuerlast aufrecht zu erhalten, in jenen Bereichen, in denen die wirtschaftlichen Tätigkeiten umstrukturiert wird? Riskiert man nicht, dass die Umstellungsbemühungen vorzeitig ins Wanken geraten, wegen einer abschreckenden Steuerpolitik für die Unternehmen?

### 3. Die Einzahlungen an die Gemeinden

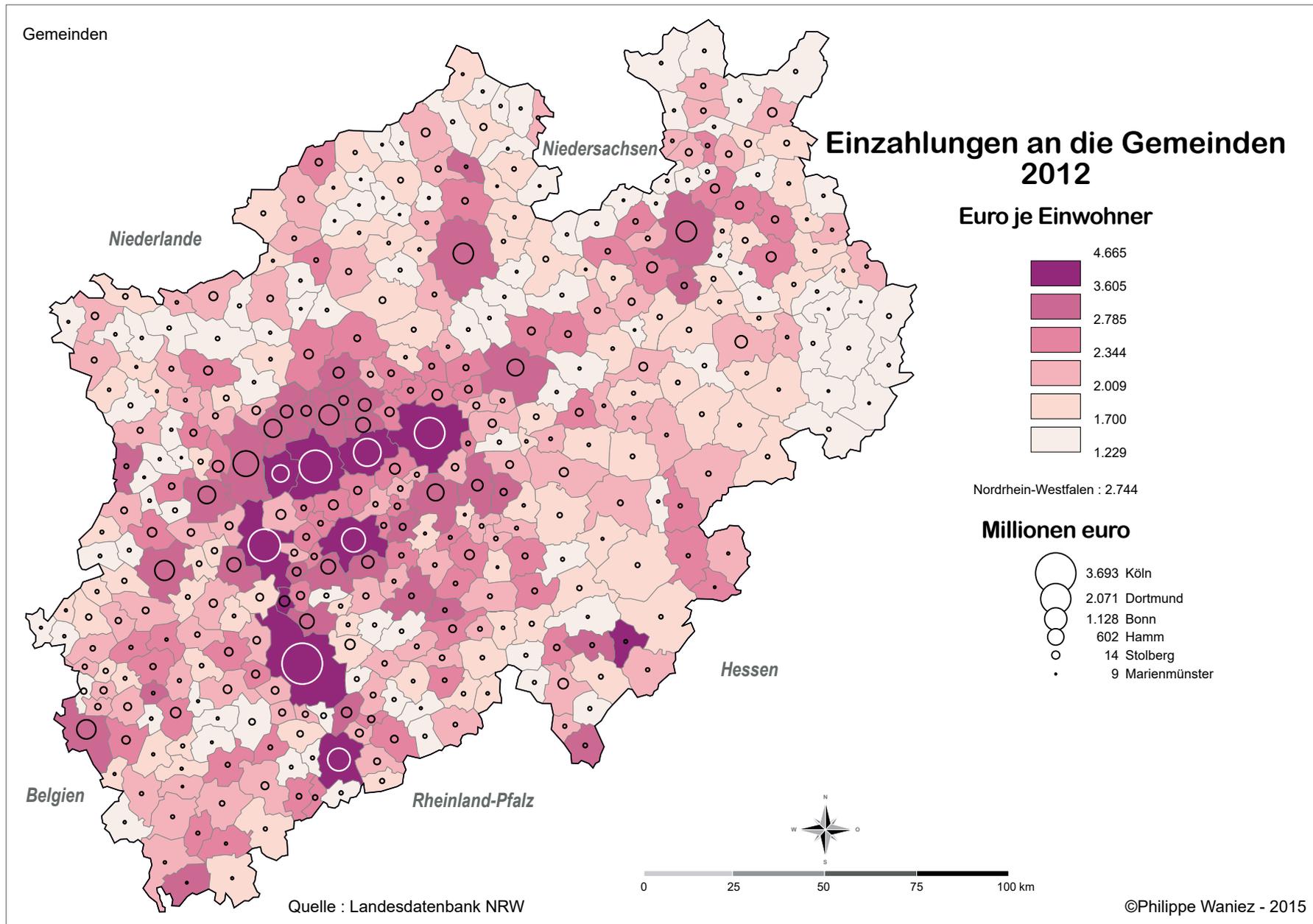
Im Jahr 2013 stellte der Gesamtsteuerbetrag im Bundesgebiet 620 Milliarden Euro (23) dar. Die Erhebung dieser Steuern ist folgendermaßen verteilt: 78,9%, auf dem Niveau der Kommunen, 17,6% auf dem Niveau des Bundes, 2,8% auf dem Niveau der Länder und 0,7% durch Zölle. Damit wird belegt, dass die Kommunen ein wichtiges Rädchen für die Erhebung von Steuern in Deutschland sind. Dies bedeutet nicht, dass die Gemeinden alle Steuern, die sie eingenommen haben für sich behalten. Tatsächlich belief sich die Verteilung der kassenmäßigen Steuereinnahmen nach Gebietskörperschaften in 2013 auf 41,9% von dem Gesamtbetrag für den Bund, auf 39,4% für die Länder und auf 13,7% für die Gemeinden (der Rest, d.h. 5,0% von dem Gesamtbetrag gehen an die Europäische Union).

Im Jahr 2012, erreichte die Steuereinnahme des Bundesgebiets 600 Milliarden Euro. 52,9% dieses Betrags ging an die Länder und Gemeinden, das sind 317 Milliarden. Von diesem Gesamtbetrag haben Land, Gemeinden und Gemeindeverbände von NRW 66 Milliarden Euro erhalten. Das entspricht 20,8% der Gesamtsumme bei einer Bevölkerungsdichte von 21,7% von Gesamtdeutschland. Der von den Gemeinden in NRW erhaltene Anteil beträgt 48 Mrd.

Euro (73,0%), der Rest geht an die Kreisverwaltungen (6,4 Milliarden, 17,3%) und die drei Verbände des Ruhrgebiets: Landschaftsverband Rheinland (3,5 Milliarden, 5,4%), Landschaftsverband Westfalen-Lippe (2,8 Milliarden, 4,2%) und der Regionalverband Ruhr (RVR 58,3 Mio., 0,1%).

#### ***Die Einzahlungsniveaus im Verhältnis zur städtischen Hierarchie***

Wenn man nur die 48 Milliarden berücksichtigt, die in die Kommunen gehen, erhält man einen Durchschnitt von 2.744€ pro Bewohner im Jahr 2012. Der Medianwert für alle Gemeinden beläuft sich auf 2.029€, was bedeutet, dass die Hälfte der Gemeinden in NRW unter 2.029€ liegen, während die andere Hälfte darüber liegt. Die Karte der Einzahlungen an die Gemeinden unterstreicht die städtische Hierarchie des Landes (**Karte 15**). An der Spitze dieser Hierarchie findet man die wichtigsten kreisfreien Städte, die die zwei Achsen bestimmen. Sie strukturieren das Gebiet: die Rhein- und die Ruhrachse. Auf der Rheinachse sind Bonn, Köln und Düsseldorf deutlich mit Werten zwischen 3.600€ und 3.900€ pro Einwohner ausgewiesen. Auf der Süd-Achse des Ruhrgebietes, gehen hier Dortmund, Bochum, Essen und Mülheim an der Ruhr mit höheren Werten als auf der Rheinachse hervor, wie z.B. 4.665€ in Bochum und 4.171€ in Essen. Nur eine andere Stadt ergänzt die Liste und das ist Wuppertal mit 3.650€. In der Klasse unmittelbar unter der vorherigen gibt es Einzahlungen mit Werten zwischen 2.785€ und 3.605€. Hier strukturieren Münster, Aachen und Bielefeld die Peripherie des Landes. Die nördliche Achse des Ruhrgebiets, von Krefeld und Duisburg bis Recklinghausen gehört ebenfalls zu dieser zweiten Klasse. Ebenso eine andere Achse, die Leverkusen mit Hagen und dann Iserlohn verbindet. Hamm und Mönchengladbach fügen sich dort auch ein.



Die dritte Kategorie, mit Werten von 2.344€ bis 2.785€, das heißt größtenteils unter dem Durchschnitt des Landes betreffen dies Kommunen mit kleinerer Größe auf der demografischen Karte, die im Allgemeinen an die vorherigen angrenzen. Dies ist insbesondere der Fall in der Ausrichtung Witten-Hattingen-Haan, die das Ruhrgebiet von den Drei Bergischen abtrennt. Das ist auch bei den Kleinstädten in der Umgebung von Bielefeld der Fall, insbesondere Gütersloh, Detmold und Herford. Die Region Düren-Jülich ist auch in dieser Klasse und anderen Städte an der Peripherie des Ruhrgebiets, wie Dorsten, Haltern am See und Werne. Die folgenden drei Klassen bilden deutlich niedrigere Werte als der Durchschnitt des Landes (1.229-2.344), besonders charakteristisch für kleine Gemeinden vom Niederrhein, Münsterland, Sauerland und Teutoburger Wald.

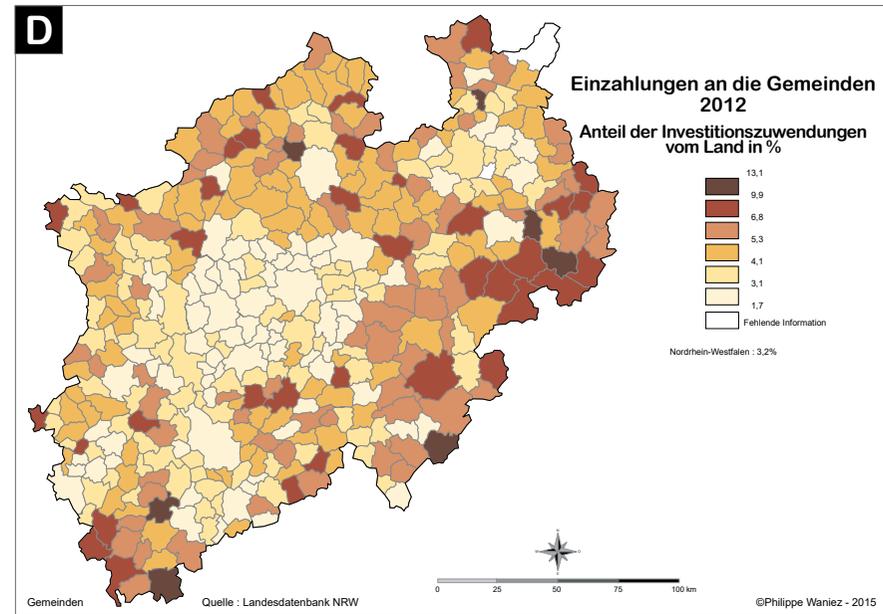
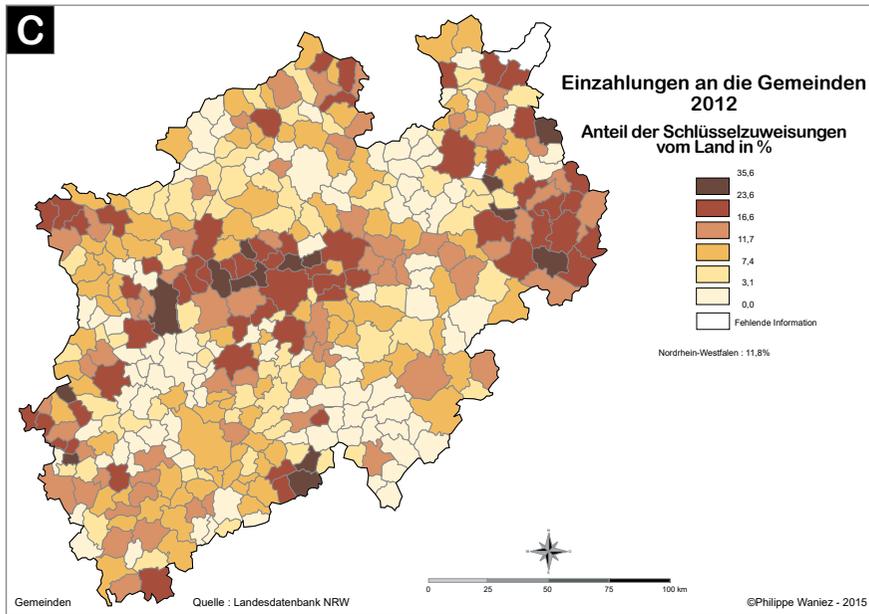
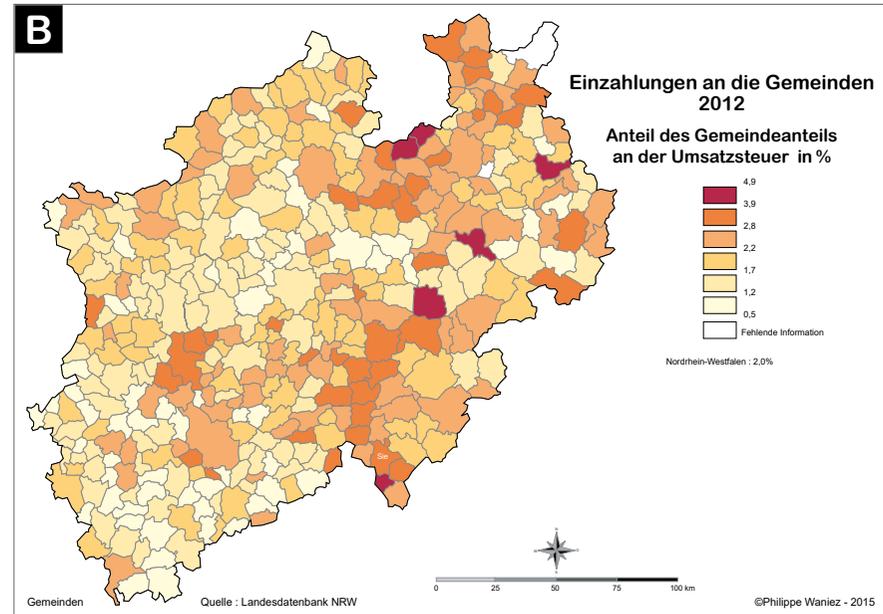
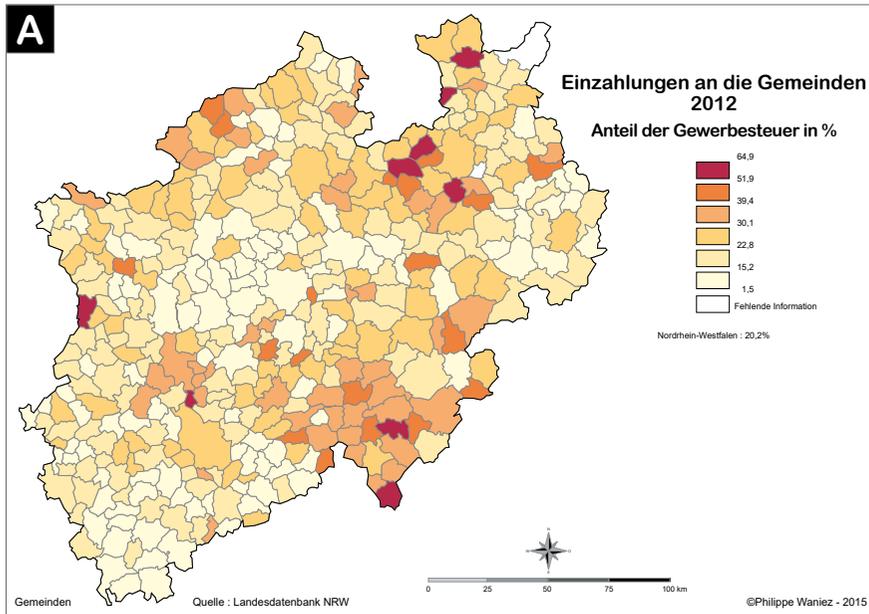
### ***Die Vielfalt der Finanzierungsquellen von den Kommunen***

Die Einzahlungen der Gemeinden sind durch die Addition von 126 unterschiedlichen Finanzquellen nach den Werten im Jahr 2012 gebildet und von jeder Kommune der Landesdatenbank NRW mitgeteilt worden. Diese Mittel haben verschiedene Gewichte in der von jeder Kommune erhaltenen Gesamtsumme. Beispielsweise belief sich der Gesamtbetrag in NRW für Hundesteuer auf 91 Mio. Euro, während sich der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer auf 6,5 Milliarden Euro oder 14-mal! so viel belief. In Düsseldorf erreicht das Verhältnis 19,5-mal so viel. Hier wird der Beitrag zu den Mitteln der Kommunen aus einigen der wichtigsten Einkommensquellen untersucht.

Der Anteil der bezahlten Gewerbesteuer an die Kommunen, beläuft sich auf 20,2% aller Einzahlung in NRW, was für das

Land die höchste Einnahmequelle darstellt. In den Gemeinden des südlichen Siegerlandes und Sauerland und in der nördlichen Hälfte des Teutoburger Walds (einschließlich der benachbarten Kommunen von Gütersloh) belegt die Gewerbesteuer den wichtigsten Platz mit oft mehr als 30,0% der gesamten kommunalen Einzahlungen (**Karte 16A**). Unter den großen Städten erreicht nur Düsseldorf dieses Niveau mit 35,3% und einige nahe gelegene Städte wie Neuss. In Köln fällt das Verhältnis auf 23,9%. Die an der Grenze zu den Niederlanden befindlichen Gemeinden zeigen auch einige hohe Prozentsätze. In zahlreichen Gemeinden beträgt die Gewerbesteuer weniger als 15,0% ihrer Einnahmen: das gesamte Ruhrgebiet, der Osten des Teutoburger Walds, die Eifel sowie Aachen und seine Region.

Die Karte mit dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer (**Karte 16B**) hat eine gewisse Ähnlichkeit mit der der Gewerbesteuer. „Seit der Harmonisierung des Steuersystems im Jahr 1967 wird in Deutschland der Ausdruck „Umsatzsteuer“ gleichbedeutend mit Mehrwertsteuer (MwSt.) verwendet“ (26). Das ist nicht ganz richtig, denn diese indirekte Steuer wird auf jede Stufe Verkaufs eines Produkts eingefordert. Nicht nur der Endverbraucher, sondern auch der Verkäufer selbst muss diese Steuer entrichten und mitbezahlen. Die Gemeinden werden seit 1998 mit 2,2% am Aufkommen der Umsatzsteuer beteiligt. Der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer beträgt nur 1,9% der gesamten durchschnittlichen Einzahlungen an die Gemeinden in NRW. Aber dieser Anteil wird in der Regel größer in Gemeinden in denen der Anteil der Gewerbesteuer ebenfalls hoch ist. Dieses Verhältnis ist logisch, weil es sich um die Kommunen handelt, in denen die Frucht der Besteuerung von Wirtschaftstätigkeiten einen bedeutsamen verfügbaren Teil der Mittel bildet.



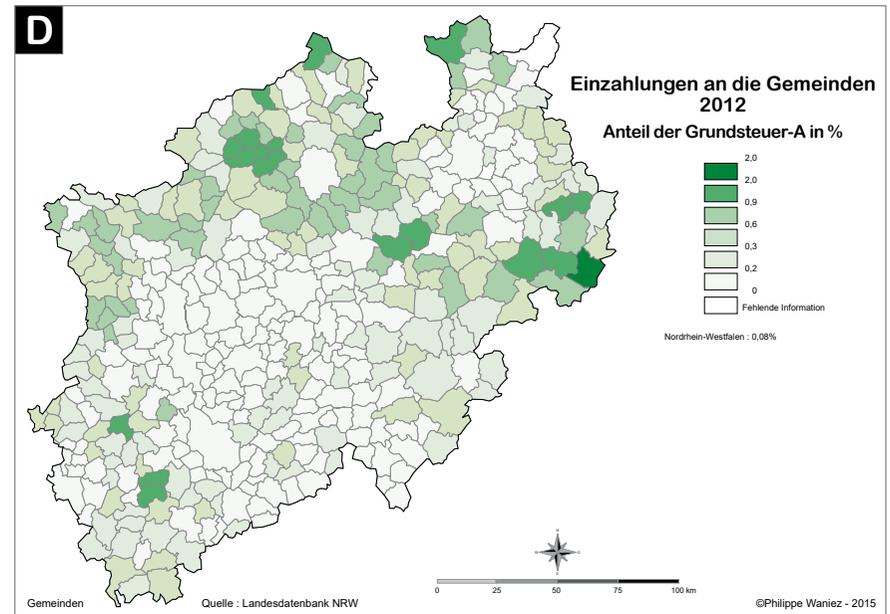
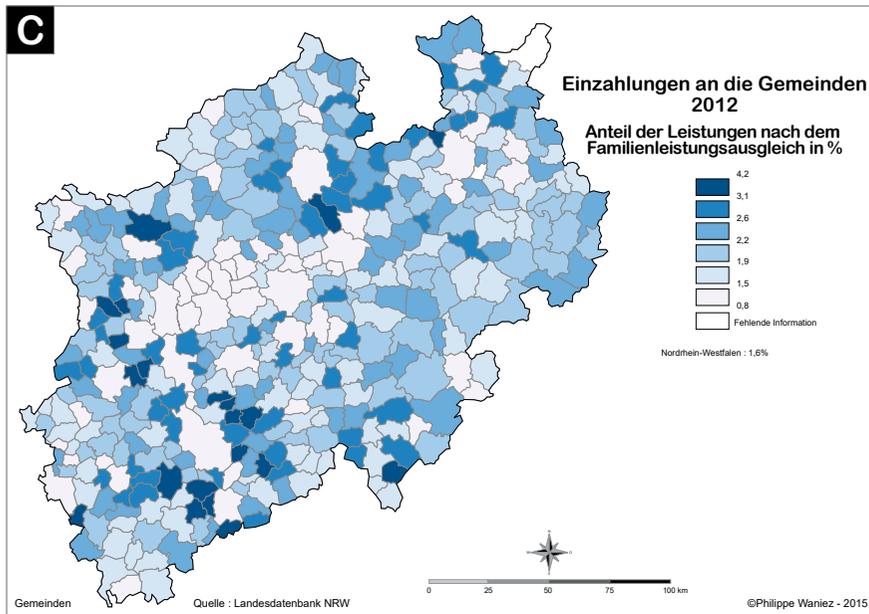
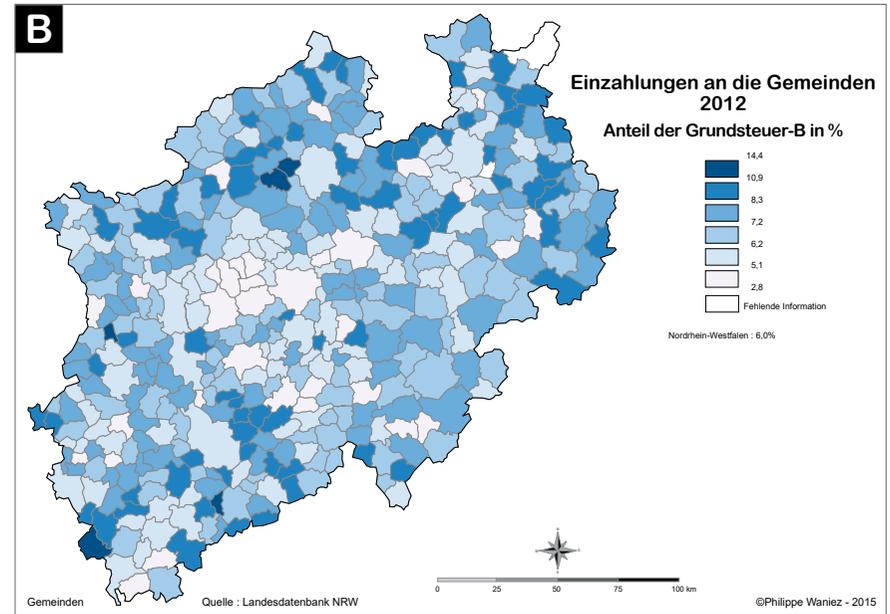
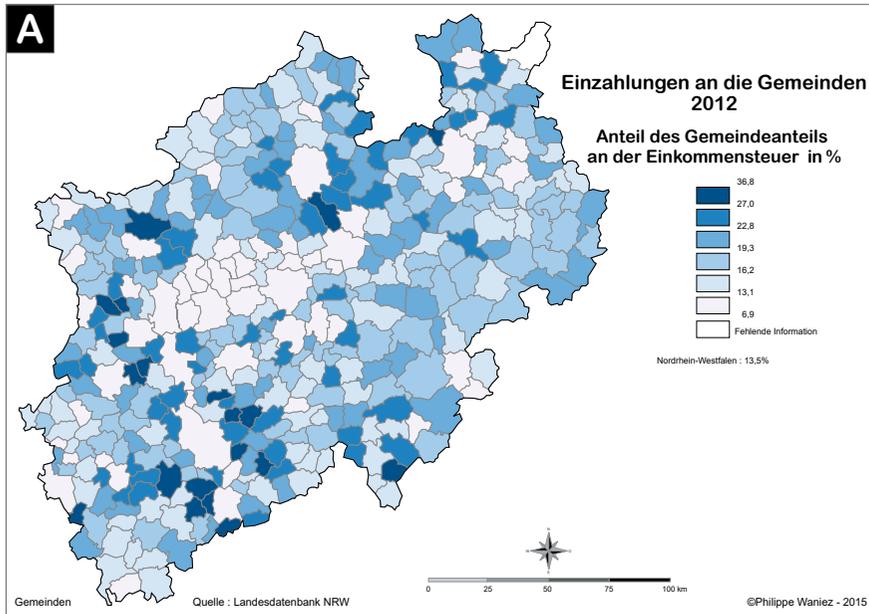
Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ist der zweite Beitrag zu den Einzahlungen der Gemeinden in NRW und zwar mit 13,5% der gesamten kommunalen Mittel. Die geografische Verteilung dieses Gemeindeanteils lässt die großen Städte verblassen. Genau genommen sind es die Gemeinden am Rand der Großstädte, die die höchsten Prozentsätze (**Karte 17A**) haben. So beobachtet man deutlich Ringe mit höheren Prozentsätzen um die wichtigsten Städte, die sich mit viel niedrigeren Prozenten präsentieren: Bonn, Köln und Düsseldorf am Rhein, aber auch Mönchengladbach, Wesel, Düren, Siegen. Das Ruhrgebiet wird wieder durch die niedrigsten Prozentsätze gekennzeichnet.

Zwei weitere Einzahlungen präsentieren eine ähnliche geografische Verteilung wie der vom Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer. Dies sind die Grundsteuer-B (**Karte 17B**) und Leistungen nach dem Familienleistungsausgleich (**Karte 17C**), wobei letzteres ein wesentliches Element der Familienpolitik darstellt. Für ganz NRW stellen sie jeweils 6,0% und 1,6% der gesamten Einzahlungen dar, aber in den 122 am meisten betroffenen Kommunen übersteigen ihre kumulierten Anteile 10,0%. Wenn man den Gemeindeanteil zu der Einkommensteuer hinzufügt, hängen 82 Kommunen mit einem Drittel ihrer Einzahlungen von diesen drei Mitteln direkt ab. Es handelt sich vor allem um die in der Peripherie der Städte gelegenen Kommunen, deren Mittel zum großen Teil aus ihrer Wohnfunktion herkommen.

Auf den bisherigen vier Karten ist das Ruhrgebiet immer mit niedrigen Prozentsätzen erschienen. Dies bedeutet, dass, im Vergleich zu anderen Gemeinden in NRW, die Gemeinden vom Ruhrgebiet ihre Finanzierung mit anderen Einzahlungen als der Gewerbesteuer und Einkommenssteuer bestreiten. Ein sehr wichtiges Mittel im Ruhrgebiet und in ei-

nigen anderen Teilen von NRW sind die Schlüsselzuweisungen vom Land, die für Gesamt-NRW die dritte Finanzquelle der Kommunen in Höhe von 11,8% insgesamt ausmacht. Es handelt sich um „nicht zweckgebundene staatliche Finanzzuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände (Landkreise) zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs. Ihre Höhe bestimmt sich nach einem in den Finanzausgleichsgesetzen der Länder festgelegten Schlüssel, u. a. nach der Einwohnerzahl“ (24). Die Kommunen des Ruhrgebiets (außer Mülheim an der Ruhr) sind weitgehend von den vom Land übertragenen Mitteln abhängig (**Karte 16C**). In Duisburg beispielsweise sind es mehr als 30,0% der Mittel in der Kommune, die sich aus den Schlüsselzuweisungen vom Land ergeben; im Allgemeinen liegt sein Wert zwischen 20,0% und 25,0%. In Essen und Dortmund, ist die Abhängigkeit geringer, in einer Größenordnung von 13,0%. In Mönchengladbach, Wuppertal, Hagen und Hamm, variiert ihr Anteil von 17,5% bis 19,5%. Weitere Regionen von NRW profitieren von dieser Finanzquelle, es sind die Kreise von Höxter und von Paderborn. Beachtenswert ist, dass 65 Gemeinden nicht diese Mittel verwendeten, insbesondere Münster und Düsseldorf, sowie die am Stadtrand von Gütersloh, Siegen und Olpe gelegenen Gemeinden.

Die Investitionszuwendungen vom Land nehmen nur einen kleinen Stellenwert in der Finanzierung der Kommunen ein: 3,2% von den Einzahlungen der Gemeinden. Aber dieser Anteil ist doppelt so hoch (mindestens 6,4%) in 56 ländlichen Gemeinden, vor allem im Teutoburger Wald, im Sauerland und in der Eifel (**Karte 16D**).



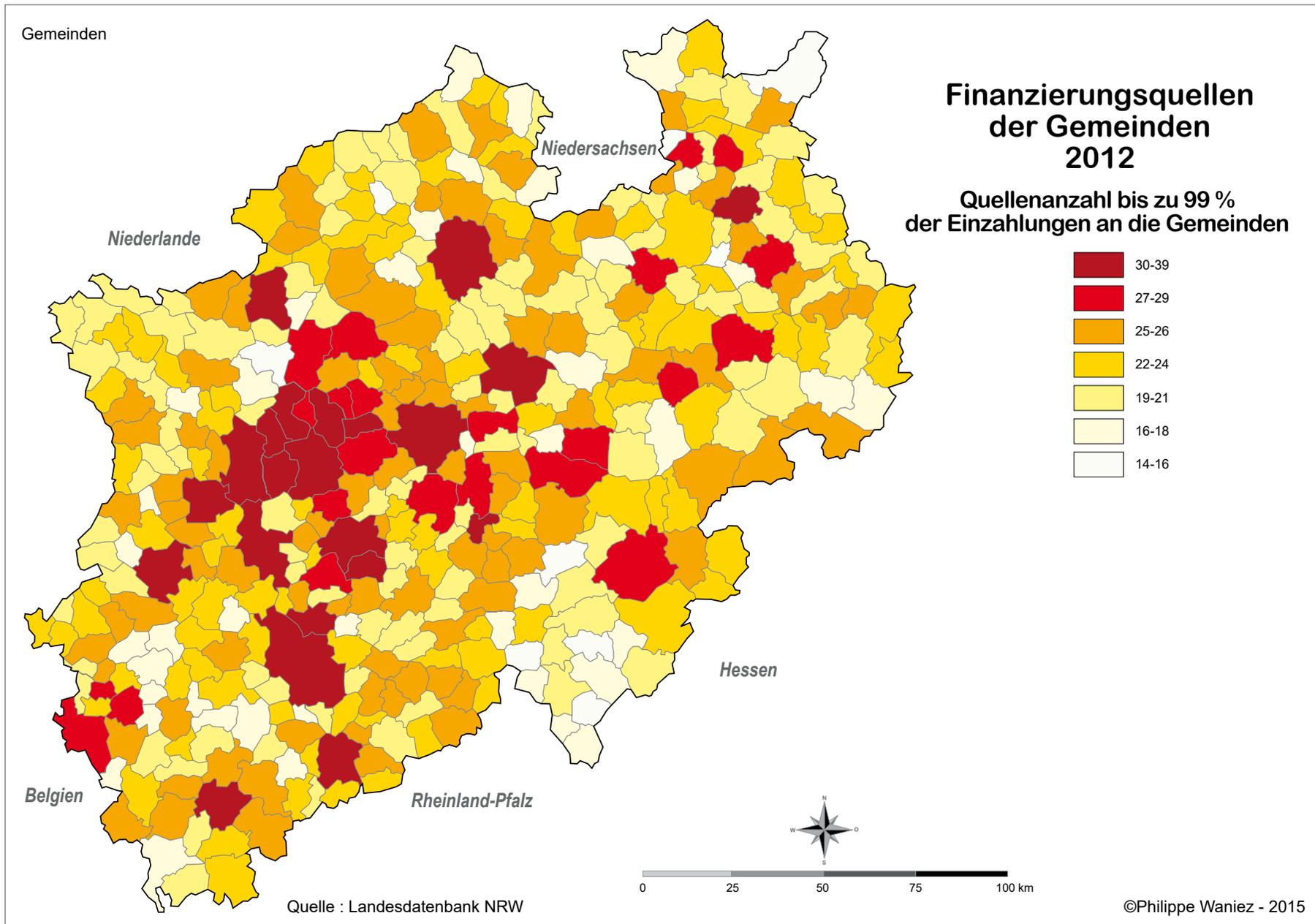
Im Allgemeinen sind es die wenig besiedelten Regionen, die von dieser Investitionsquelle profitieren „zur Erfüllung von Aufgaben, an denen der Staat ein erhebliches Interesse hat, z.B. zur Förderung eines bestimmten wirtschafts-, sozial- oder gesellschaftspolitisch erwünschten Zwecks“ (25). Der Anteil der Investitionszuwendungen vom Land an den Einzahlungen der Kommunen in den städtischen Regionen liegen im Allgemeinen unter 3,0%.

In NRW, liegt das Gewicht der Grundsteuer-A bei den kommunalen Mitteln mit durchschnittlich weniger als 0,1%! Aber in einigen ländlichen Kommunen bleibt sie ein interessantes ergänzendes Mittel, selbst wenn sie für das kommunale Budget nicht entscheidend ist. Natürlich kommt es eher vor, dass die Grundsteuer-A 0,5% beträgt, in den Gebieten, in denen die Landwirtschaft einen bezeichnenden Anteil einnimmt (**Karte 17D**). Das sind im Wesentlichen das Münsterland, die meisten ländlichen Teile und der östlichen Teil vom Teutoburger Wald und die landwirtschaftlichen Gemeinden des Niederrheins.

Auf den 8 hier vorgestellten Karten sieht man, dass die großen Städte nur selten mit hohen Prozentsätzen angezeigt sind. Es gibt eine Erklärung für diesen Zustand: in der Regel sind ihre Finanzierungsquellen vielseitig, was bedeutet, dass der Anteil der verschiedenen Steuern in der Gesamtsumme der Einzahlungen selten sehr hoch erscheinen. Um dies zu erreichen verwenden 99,0% der Gemeinden für ihre Finanzierung eine variable Anzahl von 14 bis 39 Quellen (von möglichen 126, die in der Tabelle enthalten sind). Man beachte (**Karte 18**), dass die wichtigsten Städte 27 bis 39 verschiedenen Quellen nutzen. Diese Verteilung erinnert an die der Einzahlungen an die Gemeinden pro Einwohner. Die Kommunen, die die meisten Einwohner haben, sind auch

diejenigen, die Zugriff auf eine größere Anzahl von unterschiedlichen Quellen haben. Dies erklärt sich wahrscheinlich durch die ihnen zugewiesenen Funktionen nicht nur zum Nutzen der eigenen Bevölkerung sondern auch gegenüber den Gemeinden des Großraums. Die Logik der Stadtpole scheint vollkommen in diese Richtung zu gehen. Dagegen ist das in der Mehrheit der ländlichen Kommunen nicht der Fall, denen für ihre Finanzierung eine viel kleinere Anzahl von Quellen entsprechend ihren Möglichkeiten geboten werden..

Zusammenfassend stellt man fest, dass nach Erstellen von 126 Karten über Einnahmequellen der Kommunen, nur wenige Karten wirklich eine räumlich aufgebaute Organisation zutage brachten, wie sie in den vorigen Kapiteln für NRW beschrieben wurden. Diese Streuung der kommunalen Einzahlungsprofile kann als Zeichen einer großen Verschiedenheit der Kommunen gesehen werden, Prioritäten zu setzen um Projekte zu finanzieren, Schulden zurückzuzahlen...



## **Referenzen**

- (1) <http://www.statistik.sachsen-anhalt.de/Definitionen/P/Primaereinkommen.html>
- (2) [http://www.it.nrw.de/presse/pressemitteilungen/2014/pres\\_248\\_14.html](http://www.it.nrw.de/presse/pressemitteilungen/2014/pres_248_14.html)
- (3) <http://www.stimme.de/heilbronn/nachrichten/stadt/Heilbronner-verdienen-am-meisten;art1925,2335723>
- (4) <http://de.wikipedia.org/wiki/Bedarfsgemeinschaft>
- (5) [https://statistik.arbeitsagentur.de/nn\\_280774/Statischer-Content/Grundlagen/Glossare/Grundsicherung-Glossar/Bedarfsgemeinschaft-BG.html](https://statistik.arbeitsagentur.de/nn_280774/Statischer-Content/Grundlagen/Glossare/Grundsicherung-Glossar/Bedarfsgemeinschaft-BG.html)
- (6) [http://www.statistikportal.de/statistik-portal/steuern\\_regional.pdf](http://www.statistikportal.de/statistik-portal/steuern_regional.pdf)
- (7) <http://de.wikipedia.org/wiki/Personensteuer>
- (8) <http://de.wikipedia.org/wiki/Realsteuer>
- (9) <http://www.grundtabelle.de/Grundtabelle-2012.pdf>
- (10) [http://de.wikipedia.org/wiki/Grundsteuer\\_\(Deutschland\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Grundsteuer_(Deutschland))
- (11) [http://grundsteuer.biz/#Beispiel\\_Grundsteuer](http://grundsteuer.biz/#Beispiel_Grundsteuer)
- (12) <http://www.juraforum.de/lexikon/grundsteuer>
- (13) <http://www.n-heydorn.de/gewerbesteuerrechner.html>
- (14) <http://www.derwesten.de/staedte/nachrichten-aus-unna-kamen-bergkamen-holzwickede-und-boenen/rekord-bei-klagen-gegen-grundsteuer-id7695764.html>

- (15) <http://www.steuerberaten.de/tag/hebesatz/>
- (16) <http://www.terre-net.fr/actualite-agricole/economie-social/article/le-prix-des-terres-en-europe-et-aux-etats-unis-marches-fonciers-202-102175.html>
- (17) <http://www.tagesspiegel.de/politik/landgrabbing-in-deutschland-die-lpg-kader-haben-agrarkapitalisten-den-weg-bereitet/8621948-3.html>
- (18) [https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Preise/Baupreise/KaufwerteLandwirtschaftlicheGrundstuecke2030240137004.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Preise/Baupreise/KaufwerteLandwirtschaftlicheGrundstuecke2030240137004.pdf?__blob=publicationFile)
- (19) <http://www.steuerberaten.de/tag/gewerbesteuermessbetrag/>
- (20) <http://www.haushaltssteuerung.de/lexikon-gewerbesteuer-istaufkommen.html>
- (21) <http://gewerbesteuer-hebesatz.de/>
- (22) <http://www.haushaltssteuerung.de/lexikon-gemeindeanteil-an-der-einkommensteuer.html>
- (23) [http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Steuern/Steuerschaetzungen\\_und\\_Steuer-einnahmen/1-kassenmaessige-steuereinnahmen-nach-steuerarten-und-gebietskoerperschaften.html](http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Steuern/Steuerschaetzungen_und_Steuer-einnahmen/1-kassenmaessige-steuereinnahmen-nach-steuerarten-und-gebietskoerperschaften.html)
- (24) <http://www.enzyklo.de/Begriff/Schlüsselzuweisungen>
- (25) [www.voeb.de/download/rp10](http://www.voeb.de/download/rp10)
- (26) <http://de.wikipedia.org/wiki/>